

3|25

SONDERAUSGABE ANLÄSSLICH DES
DEUTSCHEN KOMMUNALKONGRESSSES 2025
GESCHÄFTSBERICHT DES DEUTSCHEN
STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES

STADT UND GEMEINDE

DIGITAL

| Stadt Land)
Starke Kommunen
möglich machen
~ Jetzt

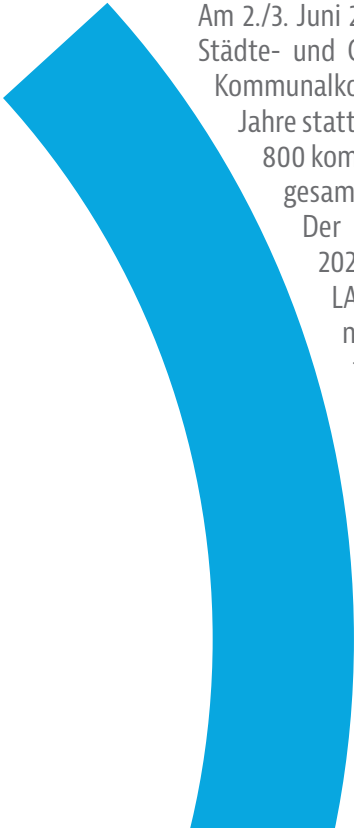
Deutscher Kommunalkongress
Berlin | 2./3. Juni 2025



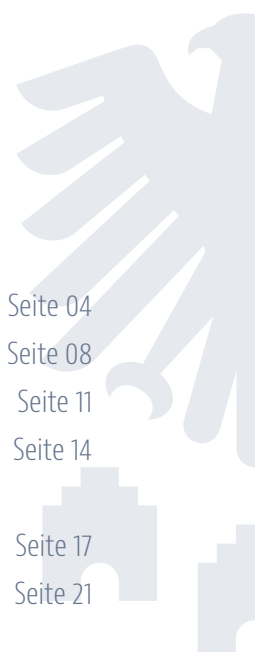
Stadt Land) Jetzt

Starke Kommunen
möglich machen

Deutscher Kommunalkongress
Berlin | 2./3. Juni 2025



Am 2./3. Juni 2025 veranstaltet der Deutsche Städte- und Gemeindebund den Deutschen Kommunalkongress 2025. Zu dieser alle vier Jahre stattfindenden Tagung werden rund 800 kommunale Führungskräfte aus der gesamten Bundesrepublik erwartet. Der Deutsche Kommunalkongress 2025 steht unter dem Titel „STADT. LAND.JETZT. – Starke Kommunen möglich machen“. Die zweitägige Veranstaltung bietet ein hochkarätiges Programm mit zahlreichen Vortragenden aus Bundespolitik, Wissenschaft und Wirtschaft sowie insgesamt zehn vertiefenden inhaltlichen Fachforen sowie drei Panelveranstaltungen.



INTERVIEWS

STARKE KOMMUNEN MÖGLICH MACHEN Dr. Uwe Brandl + Dr. André Berghegger	Seite 04
KOMMUNEN – ORTE DER WIRKLICHKEIT Bürgermeister Ralph Spiegler	Seite 08
ES GEHT IMMER UM DIE UMSETZUNG IN DEN KOMMUNEN Steffen Jäger	Seite 11
RESILIENZ FÄNGT IN DEN KOMMUNEN AN Bernward Küper	Seite 14
DIGITALISIERUNG FINDET ZUALLERERST IN DEN KOMMUNEN STATT Bürgermeister Prof. Dr. Christoph Landscheidt	Seite 17
KULTURELLES UMDENKEN IN DER POLITISCHEN LANDSCHAFT Bürgermeisterin Ramona Schumann	Seite 21

AKTUELLES AUS DER ARBEIT DES DStGB

IT-PLANUNGSRAT	Seite 20
MIGRATIONSWENDE VOLLENDEN – KOMMUNEN ENTLASTEN	Seite 23
LÄNDLICHE REGIONEN STÄRKEN UND WIRKSAM FÖRDERN	Seite 25
BAU- UND PLANUNGSRECHT VEREINFACHEN – STADTENTWICKLUNG FÖRDERN	Seite 27
MOBILITÄT – MEHR SPIELRÄUME FÜR KOMMUNEN UND NACHHALTIGE FINANZIERUNG	Seite 29
KOMMUNALWIRTSCHAFT STEHT VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN	Seite 31
LOKALE DEMOKRATIE UNTER DRUCK	Seite 33
EHRENAMT BRAUCHT ERLEICHTERUNGEN UND UNTERSTÜTZUNG	Seite 35
STARKE STIMMEN DER KOMMUNEN IN EUROPA	Seite 36
Dienstleistungs-GmbH des DStGB – AUSGEWÄHLTE PROJEKTE	Seite 50

PARTNER KOMMEN ZU WORT

SPARKASSEN – STARKE PARTNER FÜR HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNEN Prof. Dr. Ulrich Reuter	Seite 38
NACHHALTIG, FLEXIBEL UND KUNDENORIENTIERT – MODERNE NAHVERSORGUNG Jenny Stemmler	Seite 41
DIE TELEKOM – STARKER PARTNER FÜR KOMMUNEN Dr. Gottfried Ludewig + Mirka Irena Dworschak	Seite 44
LOGISTIKIMMOBILIEN – ECKPFEILER DER ENERGIEWENDE Dr. Malte-Maria Münchow	Seite 48

MELDUNG	Seite 47
----------------	----------

IMPRESSUM Redaktionsanschrift:
Stadt und Gemeinde DIGITAL
Marienstraße 6
12207 Berlin
Telefon: 030/773 07-201
Fax: 030/773 07-222
janina.salden@dstgb.de
www.dstgb.de

Herausgeber:
DStGB Dienstleistungs-GmbH
Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. André Berghegger
Uwe Zimmermann

Anzeigenredaktion:
kristine.stuevecke@dstgb.de

Redaktionsteam:
Alexander Handschuh, Dr. Janina Salden
Kristine Stüvecke, Birgit Pointinger

Grafik & Satz:
DStGB Dienstleistungs-GmbH
birgit.pointinger@dstgb.de

INTERVIEW

STARKE KOMMUNEN MÖGLICH MACHEN

Interview mit Dr. Uwe Brandl, Präsident +
Dr. André Berghegger, Hauptgeschäftsführer | DStGB

ZUM DEUTSCHEN KOMMUNALKONGRESS,
DER LAGE DER KOMMUNEN UND DEN
ERWARTUNGEN FÜR DIE NEUE LEGISLATURPERIODE

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Herr Dr. Brandl, der Deutsche Kommunalkongress 2025 trägt den Titel „Stadt.Land.Jetzt – Starke Kommunen möglich machen“. Welche Forderungen verbergen sich hinter diesem Slogan?

BRANDL: Wir haben diesen Titel gewählt, weil es um zwei ganz zentrale Dinge geht. Zum einen, um die Forderung, Städte und Gemeinden nicht nur zu stärken, sondern es ihnen zu ermöglichen, auch wirklich stark zu sein. Hier müssen wir über Handlungsfähigkeit reden. Zum anderen aber natürlich auch, weil wir „Jetzt“, also unverzüglich, konkrete Maßnahmen von Bund und Ländern brauchen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Sie sprechen von Handlungsfähigkeit. Ist diese konkret gefährdet?

BRANDL: Zumindest ist sie stark eingeschränkt, die Spielräume sind in den letzten Jahren immer kleiner geworden. Kommunale Selbstverwaltung, also die Gestaltung der Lebensbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, kann derzeit nicht mehr so stattfinden, wie es notwendig wäre.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Woran liegt das?

BRANDL: Das hat verschiedene Ursachen. Eine wirklich prekäre finanzielle Situation, die Investitionen in die Infrastruktur beinahe unmöglich macht. Hinzu kommt eine immer weiter steigende Zahl an Aufgaben, die wir im Auftrag von Bund und Ländern ausführen müssen. Hier fehlt dann nicht nur das Geld, sondern auch das Personal. Sicherlich ist auch die Migration zu nennen, die uns Kommunen sehr



» *Wir müssen uns ehrlich machen. Immer neue und zusätzliche Leistungsversprechen des Staates sind nicht länger finanzierbar. Das ist sicher eine unbequeme Wahrheit, aber der Staat kann nur das ausgeben, was er vorher an Steuern eingenommen hat.«*

Dr. Uwe Brandl
Präsident DStGB

stark fordert, Kapazitäten bindet und die Städte und Gemeinden an die Belastungsgrenze bringt.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Herr Dr. Berghegger, fangen wir bei der finanziellen Situation einmal an. Ihr Präsident spricht von einer prekären Lage. Trifft das aus Ihrer Sicht zu?

BERGHEGGER: Absolut! Vielleicht könnte man stattdessen auch von einer katastrophalen oder desaströsen Finanzlage der Kommunen sprechen. Schauen wir uns die aktuellen Zahlen einmal an: Das Jahr 2024 haben die Kommunen mit einem Rekorddefizit von 24,3 Milliarden Euro abgeschlossen. Damit hat sich der negative Finanzierungssaldo gegenüber dem Vorjahr fast vervierfacht. Wir stürzen da gerade ins Bodenlose.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Wie kommt es zu diesem beispiellosen Absturz?

BERGHEGGER: Leider sind es strukturelle Ursachen, die uns in diese Lage gebracht haben. Den Städten und Gemeinden laufen die Ausgaben davon. Allein die letzten beiden Tarifabschlüsse bedeuten zusätzliche Personalausgaben in Milliardenhöhe. Hinzu kommen immer stärker steigende Ausgaben für soziale Leistungen. Wenn dann aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage auch noch die Einnahmen stagnieren, kommt es zu solch verheerenden Zahlen.

BRANDL: Wenn wir einen Blick auf die Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen werfen, müssen wir feststellen, dass sie sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdop-

pelt haben. Im Jahr 2024 lagen sie bei mehr als 80 Milliarden Euro. Diese Entwicklung darf sich so nicht fortsetzen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Was muss passieren?*

BRANDL: Wir müssen uns ehrlich machen. Immer neue und zusätzliche Leistungsversprechen des Staates sind nicht länger finanzierbar. Das ist sicher eine unbequeme Wahrheit, aber der Staat kann nur das ausgeben, was er vorher an Steuern eingenommen hat. Daher brauchen wir in einem ersten Schritt ein Moratorium für zusätzliche staatliche Leistungsversprechen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wird ein solches Moratorium ausreichen, um für eine Verbesserung der Situation zu sorgen?*

BRANDL: Nein, sicher nicht! Notwendig ist auch, dass wir über das Thema Konnexität sprechen. Es handelt sich ja in den allermeisten Fällen um Leistungen, die auf Bundesebene beschlossen wurden, aber nicht auskömmlich finanziert sind. Das muss sich ändern, denn der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ muss uneingeschränkt gelten. Wir hoffen sehr, dass die neue Bundesregierung es mit ihren diesbezüglichen Zusagen im Koalitionsvertrag ernst meint.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Stichwort Koalitionsvertrag. Wie bewerten Sie die Vorhaben der neuen Bundesregierung?*

BERGHEGGER: Der Koalitionsvertrag ist aus kommunaler Sicht durchaus positiv zu bewerten. Es ist wichtig, dass die besondere Bedeutung der Kommunen für einen funktionierenden Staat nicht nur gewürdigt wird, sondern auch konkrete Vorhaben zur Entlastung vereinbart wurden. Das ist sicherlich auch ein Ergebnis unserer Arbeit als kommunaler Spitzenverband. Klar ist aber auch, dass es jetzt auf die Umsetzung ankommt. Nur weil etwas aufgeschrieben wurde, sind noch keine Verbesserungen vor Ort angekommen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Welche Vorhaben wären Ihnen besonders wichtig?*

BERGHEGGER: Neben der genannten konsequenten Umsetzung des Konnexitätsprinzips brauchen wir jetzt die vereinbarte Migrationswende. Es muss gelingen, die Zahl der ille-

gal nach Deutschland einreisenden Menschen sehr deutlich zu reduzieren und die Rückführungen der Menschen ohne Bleiberecht zu beschleunigen und ihre Anzahl zu erhöhen. Nur so bekommen die Kommunen eine Atempause und können sich auf die Integration der Geflüchteten mit Bleiberecht konzentrieren.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Noch vor der Bildung einer neuen Bundesregierung wurde eine Modifizierung der Schuldenbremse und ein insgesamt 500 Milliarden Euro schweres Investitionspaket auf den Weg gebracht. Hilft das den Kommunen?*

BRANDL: Es ist richtig, Ausgaben für Verteidigung und den Schutz der Bevölkerung von der Schuldenbremse auszunehmen. Deutschland muss in diesem Bereich handlungsfähig sein. Natürlich können auch die zusätzlichen Mittel für die Infrastruktur helfen, der Finanzierungsbedarf ist ja offenkundig. Das Geld muss allerdings auch dort ankommen, wo es gebraucht wird, also in den Kommunen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wird das denn passieren?*

BRANDL: Wir erwarten sehr klar, dass zumindest die 100 Milliarden Euro, die ausdrücklich auch für die Kommunen vorgesehen sind, wirklich bei uns ankommen. Da sind die Länder in der Pflicht, ohne Wenn und Aber. Klar ist aber selbst in diesem Fall, dass nicht alle Probleme gelöst sind. Wenn wir auf die Summe schauen, die auf 12 Jahre verteilt nun verfügbar werden, würde das in der derzeitigen Finanzlage gerade einmal ausreichen, die Investitionen auf dem bisherigen Niveau zu erhalten.

BERGHEGGER: Notwendig ist es aber, den immensen Investitionsrückstand der Kommunen zu verringern. Der Investitionsrückstand in den Kommunen ist mittlerweile auf rund 200 Milliarden Euro gestiegen. Dem können wir nur durch zusätzliche Mittel, Ausgabenentlastungen und eine Steigerung der Anteile an den Gemeinschaftssteuern begegnen. Wir müssen dauerhaft in die Lage versetzt werden, in Schulen, Straßen und Sportstätten vor Ort zu investieren.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Zurück zum Titel des Deutschen Kommunalkongresses 2025. Was muss denn „Jetzt“ konkret passieren?*



» Der Koalitionsvertrag ist aus kommunaler Sicht durchaus positiv zu bewerten. Es ist wichtig, dass die besondere Bedeutung der Kommunen für einen funktionierenden Staat nicht nur gewürdigt wird, sondern auch konkrete Vorhaben zur Entlastung vereinbart wurden.«

Dr. André Berghegger
Hauptgeschäftsführer DStGB



BRANDL: Eine Menge. Es geht nicht um ein oder zwei Dinge, die verändert werden müssen, damit sich die Lage schlagartig verbessert. Wichtig ist zunächst einmal, dass wir den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken, damit sich die Finanzlage insgesamt verbessert. Das wird auch den Kommunen helfen. Klar ist aber auch, dass wir Einsparungen brauchen und die Kommunen entlasten müssen. Auch das duldet keinen Aufschub.

BERGHEGGER: Es ist vor allem wichtig, dass wir jetzt schnell in die Umsetzung konkreter Schritte kommen, das erwarten die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft. Und die Kommunen natürlich auch.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Letzte Frage: Welche Bedeutung haben starke Kommunen für unseren Staat insgesamt?*

BERGHEGGER: Starke Städte und Gemeinden sind von immenser Bedeutung für unser Land. Eine funktionierende Infrastruktur ist dabei für das Leben und Arbeiten vor Ort von zentraler Bedeutung. Es geht jedoch auch um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger insgesamt. Die Menschen erleben unseren Staat vor Ort, in den Kommunen. Wenn die Dinge dort funktionieren, dann steigt auch das Vertrauen in unser Land und unsere Demokratie.

BRANDL: Mir ist der Aspekt der gleichwertigen Lebensverhältnisse in diesem Zusammenhang besonders wichtig. Wir brauchen starke Kommunen im ganzen Land, überall dort, wo Menschen leben. Gerade in strukturschwachen Regionen sind die Kommunen Stabilitätsanker und Konjunkturmotoren, wenn sie entsprechende Rahmenbedingungen haben. Politik sollte, egal auf welcher Ebene, das Ziel haben, das Leben der Menschen besser zu machen – und zwar unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Herzlichen Dank für das Gespräch.* ■

Finanzentwicklung der Kommunen

Das Haushaltsjahr 2025 haben die Kommunen mit einem historischen Defizit von -24,3 Milliarden Euro abgeschlossen. Damit hat sich der negative Finanzierungssaldo fast vervierfacht.

Ausgabentreiber sind vor allem die Steigerungen bei den Ausgaben für soziale Leistungen mit einer Steigerung von 11,7 Prozent auf 84,5 Milliarden Euro. Hauptgrund für den Anstieg waren Anpassungen der Regelsätze im Bereich der Sozialhilfe und im Bürgergeld zum 1. Januar 2024, die auch zu einer Erhöhung der Zahl der Anspruchsberechtigten führte. Die Leistungen der Sozialhilfe nach SGB XII stiegen daher um 12,4 Prozent auf 21,1 Milliarden Euro. Auf 18,3 Milliarden Euro (+17,1 Prozent) stiegen die Ausgaben zur Kinder- und Jugendhilfe nach SGB VIII an. Die Ausgaben für Eingliederungshilfen nach SGB IX erhöhten sich im Vorjahresvergleich um 13,6 Prozent auf 22,7 Milliarden Euro. Auch die Personalausgaben zogen mit einem Plus von 8,9 Prozent auf 88,1 Milliarden Euro deutlich an.

Diese dramatische strukturelle Unterfinanzierung verschärft sich derzeit sogar noch weiter. Während die Sozialausgaben weiter dynamisch steigen und der aktuelle Tarifaabschluss jährlich Mehrausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe zur Folge haben wird, ist angesichts der weiter schwierigen konjunkturellen Lage maximal mit einem leichten Wachstum der Steuereinnahmen zu rechnen.

Alleine zur Begrenzung des kommunalen Defizits auf rund -20 Mrd. Euro sind die Kommunen fiskalisch gezwungen, ihre Investitionen dramatisch zu kürzen. Angesichts eines Investitionsrückstandes von rund 200 Milliarden Euro und notwendigen Zukunftsinvestitionen in dreistelliger Milliardenhöhe ist dies fatal. Das Sondervermögen Infrastruktur ist insofern immerhin ein wichtiges Signal an Bauwirtschaft und Kommunen, dass die Städte und Gemeinden auch in Zukunft investiv tätig werden können. Das gibt etwas Planungssicherheit, wird aber nicht zu einer dauerhaften Verbesserung der Lage beitragen können. Selbst bei einer vollständigen - und wohl nicht zu erwartenden - Durchleitung der rund 8,33 Mrd. Euro (jährlich auf zwölf Jahre) durch die Länder werden die Investitionen auf kommunaler Ebene wohl nur die fiskalisch notwendigen Einsparungen kompensieren.

INTERVIEW



ORTE DER WIRKLICHKEIT

Interview mit **Bürgermeister Ralph Spiegler**,
Erster Vizepräsident | DStGB

ZU BILDUNG, GESUNDHEIT UND PFLEGE

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Herr Spiegler, Städte und Gemeinden sind Orte des sozialen Miteinander.

RALPH SPIEGLER: Das stimmt, und das ist für uns Auftrag und Verpflichtung, manchmal auch eine Herausforderung. Eine gute soziale Infrastruktur ist wichtig für die Lebensqualität der Menschen. Das beinhaltet auch so wichtige Bereiche wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Für Städte und Gemeinden stellen diese Felder oftmals interessante, aber eben auch gewaltige Aufgaben dar. Das macht aber auch deutlich, wo wir gesamtgesellschaftlich stehen. Ein früherer Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Hermann Schmidt-Vockenhausen, hat einmal gesagt, die Gemeinden seien der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Schauen wir zunächst auf den Bereich der frühkindlichen Bildung. Für Kinder in den ersten Lebensjahren ist die »Kita« zu einem selbstverständlichen Ort des Aufwachsens geworden. Der enorme Bedeutungszuwachs bietet viele Chancen, stellt aber auch hohe Anforderungen, gerade für Städte und Gemeinden. Wo stehen wir aktuell?

SPIEGLER: Der quantitative und qualitative Kita-Ausbau genießt in den Städten und Gemeinden nach wie vor hohe Priorität. Um es klar zu sagen: Wir sind in diesem Bereich sehr erfolgreich. Seit dem Jahr 2006 hat sich die Anzahl der betreuten Kinder fast verdreifacht. Allerdings gibt es einen weiterhin wachsenden Bedarf an U3-Betreuungsplätzen sowie an Plätzen für Kindergartenkinder bis zum Schuleintritt. Für uns in den Kommunen bleibt der weitere Ausbau daher

eine echte Herkulesaufgabe. So sind die Kosten für die Kindertagesbetreuung seit Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz von 23,8 Milliarden Euro im Jahr 2013 auf mittlerweile 46,3 Milliarden Euro angestiegen. Tendenz weiter steigend.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: ... und das ist nicht die einzige Herausforderung, oder?

SPIEGLER: Nein, hinzu kommen erhebliche Engpässe bei der Besetzung der Stellen von Erzieherinnen und Erziehern. Die Gesamtstrategie von Bund und Ländern zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften hat bislang kaum Verbesserungen gebracht. Ehrlich gesagt sehe ich derzeit nicht, wie diese Personallücken trotz der Anstrengungen der Kommunen zeitnah geschlossen werden können. Vielleicht müssen wir ernsthaft über neue Lösungsansätze nachdenken, die den realen Anforderungen Rechnung tragen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Woran denken Sie?

SPIEGLER: Es könnte etwa zwischen Bildungs- und Betreuungszeiten unterschieden werden, die im Kita-Alltag auch unterschiedlich personell unterlegt sein können. Die Betreuung in den Randzeiten muss aus meiner Sicht nicht den gleichen Anforderungen gerecht werden wie die Bildung und Erziehung in den Kernzeiten der Kitas. So könnte es zumindest kurzfristig gelingen, den Kommunen etwas Luft zu verschaffen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Schauen wir auf die Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Im nächsten Jahr tritt der stufenweise Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder in Kraft. Wie gut sind die Kommunen darauf vorbereitet?

SPIEGLER: Zunächst mal gilt, dass die Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ein richtiger Ansatz ist, der uns gesamtgesellschaftlich sehr helfen wird. In den Städten und Gemeinden arbeiten wir mit Hochdruck an der Umsetzung. Notwendig ist aber eine angemessene finanzielle Ausstattung. Und auch hier gilt: Es fehlt an Betreuerinnen und Betreuern.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Ist der Rechtsanspruch denn zum vorgesehenen Zeitpunkt wirklich umsetzbar?

SPIEGLER: Am Ende des Tages erwarten die Eltern, dass das Angebot funktioniert. Da der Ganztagsanspruch erhebliches zusätzliches Personal binden wird, wissen wir vielfach noch nicht, wie wir das stemmen sollen. Wir benötigen daher



» Die Menschen leben bei uns in den Städten und Gemeinden. Hier treffen die Zuständigkeiten für die unterschiedlichen Handlungsfelder wie Arbeit, Wohnen, Bildung, Freizeit und Kultur aufeinander. Hier kann für die Mitverantwortung aller Akteure und Institutionen geworben werden.«

Ralph Spiegler
Erster Vizepräsident DStGB

größtmögliche Flexibilität im Hinblick auf den Personaleinsatz und die Betreuungsichte in den Kommunen. Zusammen mit den Ländern und weiteren relevanten Akteuren, wie dem Sport, der Musik, der Kultur, etc., müssen Strategien entwickelt werden, um dem Fachkräftemangel in diesem Bereich zu begegnen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Wie könnten solche Strategien aussehen?

SPIEGLER: Wir müssen die Qualifizierungs-, Weiter- oder Fortbildungsmaßnahmen für die Arbeit in ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangeboten weiter ausbauen, auch und gerade für Personen, die bereits an Ganztagsschulen arbeiten. Darüber hinaus sind die Förderungs- und Abrechnungsfristen der Bundesmittel zu verlängern und Förderverfahren zu vereinfachen. Große Bauprojekte benötigen Zeit. Es ist daher ganz wichtig, den Kommunen die notwendige Planungssicherheit zu gewähren.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Blicken wir auf die Schulen. Gerade die Digitalisierung ist dort ein Dauerprojekt. Wie bewerten Sie die Einigung auf eine Fortsetzung des Digitalpakts Schule?*

SPIEGLER: Zunächst einmal ist es gut, dass sich Bund und Länder grundsätzlich auf eine Fortsetzung des Digitalpakts Schule mit einem Volumen von 5 Milliarden Euro geeinigt haben. Wichtig wird sein, dass die Länder auch zu ihrer Verantwortung stehen und es zu einer echten Kofinanzierung der Bundesmittel kommt.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Was brauchen die Schulen außerdem?*

SPIEGLER: Grundsätzlich wird es auch darauf ankommen, Mittel aus dem Sondervermögen zu bekommen und damit in den Schulen gezielte Investitionen vornehmen zu können. Denn es geht ja nicht nur um Digitalisierung, sondern um zeitgemäße Lernwelten für das 21. Jahrhundert. Das fängt schon bei einem guten Zustand der Gebäude an.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Gerade die Teilhabe für Menschen mit Behinderung ist ein wichtiges Thema für Städte und Gemeinden. Noch haben viele aus dieser Gruppe noch nicht die gleichen Teilhabemöglichkeiten, wie Menschen ohne Behinderungen. Wie können die Kommunen die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen?*

SPIEGLER: Städte und Gemeinden unterstützen die Zielsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir sind bereit, uns im Rahmen unserer kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten perspektivisch zu inklusiven Gemeinden weiterzuentwickeln. Die Menschen leben bei uns in den Städten und Gemeinden. Hier treffen die Zuständigkeiten für die unterschiedlichen Handlungsfelder wie Arbeit, Wohnen, Bildung, Freizeit und Kultur aufeinander. Hier kann für die Mitverantwortung aller Akteure und Institutionen geworben werden. Daher arbeiten wir entschlossen daran, die Rechte von Menschen mit Behinderungen vor Ort zu stärken.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wie kann ein solches Vorgehen aussehen?*

SPIEGLER: Viele der Kommunen entwickeln einen ‚Aktions-

plan‘ oder vergleichbare Formate. Das Engagement bei der Umsetzung könnte sicherlich noch verbessert werden. In meiner Verbandsgemeinde Nieder-Olm gehen wir diesen Weg der inklusiven Kommune seit Jahren. In Konsequenz bedeutet die Idee der Inklusion, dass jeder Mensch mit Teilhabebeschränkungen Teil der Gesellschaft ist und jedem die Teilhabe am gesamten gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden muss.

» *Am Ende des Tages erwarten die Eltern, dass das Angebot funktioniert. Da der Ganztagsanspruch erhebliches zusätzliches Personal binden wird, wissen wir vielfach noch nicht, wie wir das stemmen sollen. Wir benötigen daher größtmögliche Flexibilität im Hinblick auf den Personaleinsatz und die Betreuungsdichte in den Kommunen.«*

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Wenn wir das Thema Pflege betrachten, wird vielfach vor einem Kollaps gewarnt. Was muss getan werden?

SPIEGLER: Die Reform der Pflegeversicherung ist eine der drängendsten sozial- und gesellschaftspolitischen Aufgaben, die die neue Bundesregierung angehen muss. Die soziale Pflegeversicherung ist ein wichtiger Pfeiler der sozialen Sicherheit in unserem Land. Es ist aber auch klar, dass es ohne den Einstieg in eine nachhaltige und generationengerechte Finanz- und Strukturreform der Pflegeversicherung nicht gelingen wird, das System Pflege, auf das immer mehr Menschen in den nächsten Jahren angewiesen sein werden, zu sichern. Eine solche Reform ist auch für die Kommunen wichtig, da die Hilfe zur Pflege, die derzeit bei 4,5 Milliarden Euro liegt, die Träger der Sozialhilfe stark belastet.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Auch die Gesundheitsversorgung steht unter Druck. Sehr viele Krankenhäuser schreiben aktuell rote Zahlen. Die kommunalen Krankenhausträger gleichen die Verluste ihrer Häuser mit einem erheblichen finanziellen Aufwand aus. Wie lange geht das noch gut?

SPIEGLER: Hier muss dringend etwas geschehen. Angesichts der wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser ist die beschlossene Krankenhausreform, die zwangsläufig auch zur Schließung von Häusern in überversorgten Gebieten mit sich bringt, richtig. Die Reform muss dabei die tatsächlichen Bedarfe der Menschen nach einer guten, wohnortnahen medizinischen Versorgung in den Mittelpunkt stellen. Gemeinsam mit den Ländern wird eine neue Bundesregierung die Krankenhausreform weiterentwickeln müssen, damit gerade im ländlichen Raum auch eine Krankenhausversorgung bestehen bleibt.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Herzlichen Dank für das Gespräch, Herr Spiegler. ■*

INTERVIEW



ES GEHT IMMER UM DIE UMSETZUNG IN DEN KOMMUNEN

Interview mit **Steffen Jäger**,
Vizepräsident des DStGB + Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg

ZU KLIMASCHUTZ, ENERGIEWENDE UND NACHHALTIGKEIT

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Herr Jäger, als zentrale Zukunftsthemen werden immer wieder Klimaschutz, Klimafolgenanpassung, der Umbau der Energieversorgung oder die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele genannt. Es fällt auf, dass sie alle vor Ort umgesetzt werden müssen. Ohne die Kommunen geht es nicht, oder?

STEFFEN JÄGER: Natürlich nicht. Städte und Gemeinden sind die Ebene, auf der sich der Erfolg dieser Vorhaben entscheidet. Wenn die Politik von den notwendigen Transformationsaufgaben spricht, geht es immer um die Umsetzung in den Kommunen. Es ist daher unbedingt notwendig, dass wir auch die Unterstützung durch Bund und Länder bekommen, um unseren Beitrag leisten zu können.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Die Bundesregierung scheint ja

ebenfalls in diese Richtung zu denken. Sind mit dem angekündigten 100 Milliarden Euro-Paket für den Klima- und Transformationsfonds (KTF) die zukünftigen Herausforderungen der Kommunen bei Klimaschutz und Klimaanpassung gelöst?

JÄGER: Die angekündigten zusätzlichen Mittel sind sicherlich ein positiver Ansatz, um im Bereich des Klimaschutzes voranzukommen. Aber die kommunalen Herausforderungen sind ungleich größer. Klimaschutz und Klimaanpassung sind eine Generationenaufgabe, sodass wir hier langfristig planen müssen. Nach Expertenschätzungen müssten die Kommunen jährlich mindestens acht Milliarden Euro allein im Bereich der Klimaanpassung investieren, um sich auf Extremwetterereignisse besser einzustellen. Hiervon sind wir, trotz vielfältiger kommunaler Maßnahmen in den vergangenen Jahren, noch weit entfernt.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Was ist konkret zu tun?*

JÄGER: In der kommunalen Praxis müssen die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten sowie weitere Maßnahmen wie Flächenentsiegelung, die Schaffung von Regenwasserrückhalteräumen, eine klimaangepasste Abwasserinfrastruktur oder auch mehr Grün und Baumbestand in unseren Innenstädten organisiert werden. Außerdem müssen wir den Hochwasserschutz verbessern, die energetische Sanierung des kommunalen Gebäudebestands voranbringen sowie eine klimagerechte und nachhaltige Verkehrsplanung angehen. Eine wichtige Aufgabe ist natürlich auch der weitere Ausbau erneuerbarer Energien, gerade in den ländlichen Regionen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wie können die nun beschlossenen Investitionsmittel dabei helfen?*

JÄGER: Zunächst einmal muss das Geld dort ankommen, wo die Umsetzung der Maßnahmen stattfindet, also in den Städten und Gemeinden. Wir erwarten daher, dass die Investitionsmittel in wesentlichen Teilen dem kommunalen Klimaschutz zugutekommen. Die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) einschließlich der wichtigen Kommunalförderung durch die sog. Kommunalrichtlinie muss zudem langfristig und auf hohem Niveau fortgeführt werden. Hierüber konnten seit dem Jahr 2008 schon weit über 29.000 kommunale Klimaschutzprojekte sinnvoll umgesetzt werden.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wir reden jetzt über einen Zeitraum von zehn bis zwölf Jahren. Was muss darüber hinaus langfristig geschehen?*

JÄGER: Bund und Länder bleiben gefordert, eine neue Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung – nach dem Vorbild der GAK-Förderung – im Grundgesetz zu etablieren. Gerade die Finanzierung von Klimaanpassungsmaßnahmen müssen wir in Deutschland langfristig sicherstellen. Eine solche Gemeinschaftsaufgabe ist hierfür ein geeignetes Instrument.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist das Ziel der deutschen Klimaneutralität*

bis zum Jahr 2045 bekräftigt worden. Was bedeutet das für die Kommunen?

JÄGER: Klimapolitisch wollen die Koalitionäre an den nationalen und europäischen Zielen festhalten. Die CO₂-Bepreisung bleibt das zentrale Element der Klimapolitik. Das ist einerseits richtig, andererseits entscheidet sich die Energiewende nicht in Brüssel oder Berlin, sondern in den Kommunen vor Ort. Hier wird nicht nur die planerische Arbeit für die Ausweisung von geeigneten Flächen für Windkraft- und Photovoltaikanlagen erbracht, sondern auch die Frage beantwortet, ob die Menschen die Anlagen und Leitungen in ihrem Lebensumfeld akzeptieren. Die örtlichen Entscheidungsträger wissen: Verlässlichkeit und Wirtschaftlichkeit müssen dabei großgeschrieben werden.



» Die im Koalitionsvertrag vorgesehene stärkere Hinwendung zu Kosten- und Systemeffizienz in der Energiewende sowie die Senkung des Strompreises durch Entlastungen bei Stromsteuer, Netzentgelten und Umlagen sind richtig. Allerdings muss das auch schnell bei den Menschen und der Wirtschaft ankommen.«

Steffen Jäger
Vizepräsident DStGB
Präsident GT BaWü

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Gehen die Vorstellungen der neuen Bundesregierung hier in die richtige Richtung?*

JÄGER: Die im Koalitionsvertrag vorgesehene stärkere Hinwendung zu Kosten- und Systemeffizienz in der Energiewende sowie die Senkung des Strompreises durch Entlastungen bei Stromsteuer, Netzentgelten und Umlagen sind richtig. Allerdings muss das auch schnell bei den Menschen und der Wirtschaft ankommen. Nicht zuletzt ist es wichtig, dass die Wertschöpfung dort entsteht, wo die Lasten der Energiewende spürbar werden. Das sind vor allem die Kommunen in ländlichen Räumen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wie ist dieses Ziel zu erreichen?*

JÄGER: Im Zuge der weiteren Gesetzgebung rund um Energiewende und Klimaschutz müssen die steuer- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen und auch das Förderrecht so ausgestaltet werden, dass die Kommunen besonders profitieren, die von den Auswirkungen der Energiewende besonders betroffen sind. Nur dann wird es gelingen, die Akzeptanz zu sichern.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *In den vergangenen Jahren wurde viel über den Umbau der Wärmeversorgung diskutiert. Welche Herausforderungen sehen Sie bei der kommunalen*

Wärmeplanung und ihrer Umsetzung?

JÄGER: Der Gebäudesektor verursacht je nach Definition 30 bis 40 Prozent der Emissionen. Der überwiegende Teil hiervon geht auf die Wärmeversorgung zurück. Die kommunale Wärmeplanung birgt langfristig ein Potenzial zur Emissionsreduktion. Sie darf aber nicht auf halben Weg stehenbleiben, weil die Rahmenbedingungen für ihre Umsetzung nicht stimmen. Die Lehren aus Diskussionen um das sogenannte Heizungsgesetz sind doch: Die Wärmewende wird nur erfolgreich sein, wenn ihre Umsetzung realistisch ist. Alle Maßnahmen der Energie- und Wärmewende müssen finanziert, umgesetzt und akzeptiert werden. Der klimaneutrale Umbau der Energie- und Wärmeversorgung ist das größte Infrastrukturprojekt hierzulande seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Ist die Politik da nun auf einem besseren Weg?*

JÄGER: Die Ankündigung im Koalitionsvertrag, die Bundesförderung effiziente Wärmenetze gesetzlich zu regeln und aufzustocken ist ein wichtiges Signal. Zu einem vernünftigen Erwartungsmanagement gehört allerdings auch die Botschaft des Bundes, dass ein Wärmenetz nicht überall eine realistische Option sein wird. Es muss klar sein, dass die Pflicht der Kommunen zur Wärmeplanung nicht die Pflicht zum Bau von Wärmenetzen beinhaltet. Wenn der Bund die Wärmewende in den Infrastrukturen umsetzen will, muss er die notwendigen Voraussetzungen hierfür schaffen. Dazu gehört der Ausbau der Stromnetze ebenso wie die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für private Hauseigentümer, die in klimaneutraler Wärmeversorgung investieren wollen. Es muss uns gelingen, Wärmenetze dort zu realisieren, wo sie sich im doppelten Sinne wirtschaftlich tragen. Nämlich für diejenigen, die sie bauen und für diejenigen, die am Ende als Kunde die Energie abnehmen. Dort sind sie eine gute Lösung.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind gewissermaßen die übergeordneten Ziele, auf die alle der angesprochenen Aktivitäten einzahlen sollen. Wenn wir uns diese Ziele anschauen, welche Rolle spielen Kommunen?*

JÄGER: Kommunen spielen für eine nachhaltige Entwicklung eine tragende Rolle. So können zwei Drittel der Sustainable Development Goals (SDG) und ihrer Unterziele nur auf Ebene der Kommunen und durch konkretes Engagement

vor Ort erreicht werden. Das Bewusstsein dieser globalen Verantwortung ist in den Städten und Gemeinden in den vergangenen Jahren erheblich gewachsen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Was passiert denn bereits in den Städten und Gemeinden?*

JÄGER: Sehr viele Kommunen engagieren sich bereits auf vielfältige Art und Weise für nachhaltige Entwicklung. Nachhaltigkeit, Klimaschutz und insbesondere die Anpassung an den Klimawandel sind zentrale Aufgaben, die vor Ort von Haupt- und Ehrenamtlichen mit großem Ernst angegangen werden – gerade weil es um die Lebensqualität der Menschen und den Schutz unserer Heimat geht. Von großer Bedeutung ist, dass ihr Engagement und wertvolles Erfahrungswissen bei der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und dem aktuellen Freiwilligen Staatenbericht der Bundesregierung zur Agenda 2030 (Voluntary National Review (VNR)) (aktiv) mit eingeflossen sind.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Worauf wird es in Zukunft besonders ankommen?*

JÄGER: Um die Nachhaltigkeitsziele umfassend zu erreichen, brauchen wir einen lösungsorientierten und auf konkrete Wirkung ausgerichteten Umsetzungsplan mit einer langfristig gesicherten Finanzierung. Die zukünftige Bundesregierung ist daher gefordert, Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre Nachhaltigkeitsstrategien weiterhin aktiv umzusetzen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Herzlichen Dank für das Gespräch, Herr Jäger. ■*

» *Zunächst einmal muss das Geld dort ankommen, wo die Umsetzung der Maßnahmen stattfindet, also in den Städten und Gemeinden. Wir erwarten daher, dass die Investitionsmittel in wesentlichen Teilen dem kommunalen Klimaschutz zugutekommen.»*

INTERVIEW

RESILIENZ FÄNGT IN DEN KOMMUNEN AN

Interview mit **Bernward Küper**,
Vizepräsident des DStGB + Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt

ZU AKTUELLEN HERAUSFORDERUNGEN IM BEVÖLKERUNGS- UND KATASTROPHENSCHUTZ UND DER BESONDEREN ROLLE VON FEUERWEHREN UND EHRENAMT

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Herr Küper, die anhaltend angespannte Sicherheitslage in Europa und die zunehmenden Extremwetterereignisse stellen auch den Zivil- und Katastrophenschutz vor wachsende Herausforderungen. Wie wirken sich diese Entwicklungen konkret auf die Arbeit der Feuerwehren aus?*

BERNWARD KÜPER: Das hat natürlich Auswirkungen, die unsere Feuerwehren bereits spüren. Die Zahl der Einsätze, etwa bei Hochwasser, Sturmschäden oder Waldbränden steigt. Zudem führt die veränderte Sicherheitslage auch zu neuen und zusätzlichen Anforderungen für Feuerwehren sowie andere Hilfsorganisationen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wie sind wir denn in Deutschland mit Blick auf die Feuerwehren, den Zivilschutz und den*

Katastrophenschutz aufgestellt?

KÜPER: Die Feuerwehren bilden das Rückgrat des Brand- und Katastrophenschutzes vor Ort. Das beweisen unsere Feuerwehrfrauen und -männer tagtäglich. Besonders hervorzuheben ist, dass 96 Prozent der rund 20.000 Feuerwehren in Deutschland ehrenamtlich besetzt sind. Diese über eine Million ehrenamtlichen Feuerwehrleute sind nicht nur in ihrem Kerngeschäft aktiv, sondern leisten auch einen unverzichtbaren Beitrag im Rettungsdienst, der zahlenmäßig den Großteil der Einsätze ausmacht. Die Feuerwehren mit ihrem enormen ehrenamtlichen Potenzial spielen eine Schlüsselrolle im Zivilschutz und bei der Katastrophenhilfe.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Hat sich die Lage für die Feuerwehrleute in den vergangenen Jahren verändert?*



» Das Ehrenamt ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Das gilt nicht nur, aber besonders beim Bevölkerungsschutz. Wir sollten uns dafür einsetzen, mehr Menschen für das Ehrenamt in diesem wichtigen Bereich zu gewinnen.«

Bernward Küper
Vizepräsident DStGB
Landesgeschäftsführer SGSA

KÜPER: Leider beobachten wir, wie in anderen Bereichen auch, eine zunehmende Aggressivität gegenüber unseren Einsatzkräften. Im Vergleich zur Polizei sind die Zahlen zwar noch gering, aber allein im Jahr 2023 war ein Anstieg von 14 Prozent bei Angriffen auf Feuerwehrleute und 8 Prozent bei Angriffen auf Rettungsdienste zu verzeichnen. Laut einer Umfrage des Deutschen Feuerwehrverbandes haben 75 Prozent der Berufsfeuerwehrangehörigen und 50 Prozent der Freiwilligen Feuerwehrkräfte in den letzten zwei Jahren Aggressionen im Einsatz erlebt.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Eine erschreckende Entwicklung...

KÜPER: Absolut. Diese Vorkommnisse sind untragbar. Jeder Angriff auf Rettungskräfte ist einer zu viel und muss konse-

quent verfolgt werden. Hier sind Strafverfolgungsbehörden und Gerichte gleichermaßen gefordert. Um es klar zu formulieren: Ein Angriff auf Einsatzkräfte ist zugleich ein Angriff auf unseren Rechtsstaat und auf unser Gemeinwesen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Im Zusammenhang mit Zivil- und Katastrophenschutz sprechen wir oft von gesellschaftlicher Resilienz, also der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft. Wie ist es um diese in den Kommunen bestellt?

KÜPER: Hier sehen wir noch viel Bedarf, etwa bei Investitionen in die Notstrom- und Trinkwasserversorgung, den Ausbau des Warnsystemmixes, einschließlich Sirenen, sowie den Bau bzw. die Sanierung von Schutzräumen. Es muss uns gelingen, diese Strukturen zu stärken, denn Resilienz fängt dort an, wo die Menschen leben, in den Kommunen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Können die zusätzlichen Finanzmittel auf Bundesebene da helfen?*

KÜPER: Die vom Bundestag beschlossenen Grundgesetzänderungen schaffen hierfür den notwendigen finanziellen Spielraum, da Ausgaben für den Zivil- und Katastrophenschutz, wie Mittel für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sowie die Bundesanstalt THW, weitgehend von der Schuldenbremse ausgenommen sind. Wichtig ist, dass diese Spielräume nun schnell und unbürokratisch genutzt werden.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Das Ehrenamt spielt eine große Rolle im Katastrophenschutz. Welche Herausforderungen gibt es hier?*

KÜPER: Die deutsche Gesellschaft ist weiterhin stark ehrenamtlich engagiert. Rund 40 Prozent der Jugendlichen und Erwachsenen üben ein Ehrenamt aus. Das ist ein großer Schatz. Allerdings gibt es gerade in diesem Bereich eine Herausforderung: Viele Engagierte sind in mehreren Organisationen tätig, etwa beim THW und bei der Feuerwehr oder anderen Hilfsorganisationen. Die veränderte Bedrohungslage und der „Operationsplan Deutschland“ könnten dies noch verschärfen, da viele zusätzlich Reservisten der Bundeswehr sind. Diese Mehrfachverpflichtungen müssen sowohl im Ernstfall als auch bei Übungen berücksichtigt werden, um Personalengpässe zu vermeiden.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Was kann getan werden, um das Ehrenamt zu stärken und diesen möglichen Personalengpässen entgegenzuwirken?*

KÜPER: Das Ehrenamt ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Das gilt nicht nur, aber besonders beim Bevölkerungsschutz. Wir sollten uns dafür einsetzen, mehr Menschen für das Ehrenamt in diesem wichtigen Bereich zu gewinnen. Dazu können die Förderung der Nachwuchsgewinnung und staatliche Rahmenbedingungen beitragen, wie die Anrechenbarkeit bei der Rente und einheitliche sowie großzügigere Freistellungsregelungen für Übungen und Einsätze.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Die Digitalisierung bringt tiefgreifende Veränderungen mit sich. Welche Auswirkungen hat sie auf den Katastrophenschutz?*

KÜPER: Leider sind neben vielen positiven Auswirkungen immer wieder auch Schattenseiten der zunehmenden digitalen Vernetzung erkennbar. Die Wirtschaft beklagt bereits Schäden in Höhe von 267 Milliarden Euro durch Cyberangriffe – allein im Jahr 2023. Auch Kommunalverwaltungen sind zunehmend betroffen, mit zum Teil erheblichen Auswirkungen. Daher müssen wir uns generell auf digitale Gefahren, wie gezielt herbeigeführte Stromausfälle, vorbereiten.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Was muss passieren?*

KÜPER: Die NIS2-Richtlinie zum Schutz kritischer Infrastrukturen wie Stromnetze und Wasserwerke muss zeitnah in nationales Recht umgesetzt werden. Auch hier schafft die Anpassung der Schuldenbremse neue Möglichkeiten, da Investitionen in die Cybersicherheit davon weitgehend ausgenommen sind. Entscheidend wird sein, dass die Finanzierung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen sichergestellt ist und die Gelder unkompliziert und zeitnah bei den Kommunen ankommen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Herzlichen Dank für das Gespräch, Herr Küper. ■*

» *Besonders hervorzuheben ist, dass 96 Prozent der rund 20.000 Feuerwehren in Deutschland ehrenamtlich besetzt sind. Diese über eine Million ehrenamtlichen Feuerwehrleute sind nicht nur in ihrem Kerngeschäft aktiv, sondern leisten auch einen unverzichtbaren Beitrag im Rettungsdienst, der zahlenmäßig den Großteil der Einsätze ausmacht. «*

INTERVIEW



DIGITALISIERUNG FINDET ZUALLERERST IN DEN KOMMUNEN STATT

Interview mit **Professor Dr. Christoph Landscheidt**
Bürgermeister der Stadt Kamp-Lintfort + Vizepräsident des DStGB

ZU CHANCEN DER DIGITALISIERUNG, DER ZUNEHMENDEN ZAHL VON CYBERATTACKEN UND DEN ERWARTUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG

STADT & GEMEINDE DIGITAL: Herr Prof. Landscheidt, die Verwaltungen stehen vor immensen Herausforderungen. Fehlende finanzielle Ressourcen, zunehmender Personalmangel und teilweise lange Bearbeitungszeiten führen immer wieder zu Frust bei Bürgerinnen und Bürgern, aber auch bei Unternehmen. Als Lösung für diese Probleme wird immer wieder Digitalisierung, vor allem Künstliche Intelligenz, genannt. Stimmt das?

PROF. DR. CHRISTOPH LANDSCHEIDT: Die Digitalisierung bietet ohne Zweifel große Chancen, das Verwaltungshandeln auf kommunaler Ebene schneller, effizienter und bürgerfreundlicher zu machen. Richtig ist auch, dass wir ohne diese digitalen Werkzeuge kaum in der Lage sein werden, die Verwaltungen leistungsstark und bürgerfreundlich zu erhalten. Leider wird das aber nicht wie von Zauberhand gelingen,

auch nicht durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Was muss geschehen, damit Digitalisierung und KI wirklich Entlastung schaffen können?*

LANDSCHEIDT: Wir müssen die Voraussetzungen schaffen. Das Recht und die Gesetze müssen digitaltauglich werden, beispielsweise müssen die Schriftformerfordernisse radikal reduziert werden. Außerdem müssen die Kommunen ihre Hausaufgaben machen, etwa mit Blick auf die Bereitstellung, Nutzung und Pflege ihrer Datenbestände. Nur wenn es eine gute Datengrundlage gibt, kann beispielsweise Künstliche Intelligenz helfen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Aber eine wirkliche Alternative gibt es aus Ihrer Sicht nicht, oder?*

LANDSCHEIDT: Der demografische Wandel und der zunehmende Personal- und Fachkräftemangel in den Kommunen machen die Digitalisierung zu einem „Must-have“. Mehr als ein Drittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen wird in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand gehen. Schätzungen gehen davon aus, dass mehr als 230.000 Jobs unbesetzt bleiben. Nur durch digitale Lösungen wird es möglich sein, die Leistungsfähigkeit innerhalb der Verwaltungen zu sichern.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wie kann Digitalisierung da helfen?*

LANDSCHEIDT: Durchgehend digitale Prozesse können dazu beitragen, Personalaufwand und Kosten zu reduzieren. Das bietet für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine echte Unterstützung. Notwendig ist es auch, deutlich mehr Automatisierungslösungen in den Verwaltungsalltag zu integrieren. Diese können gerade bei wiederkehrenden Prozessen sehr gute Dienste leisten. Schließlich wird auch Künstliche Intelligenz dazu beitragen, die Effizienz des Verwaltungshandelns deutlich zu steigern.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Warum kommen wir beim Einsatz dieser wichtigen Lösungen nicht schneller voran?*

LANDSCHEIDT: Ich denke, wir sind in Deutschland seit vielen Jahren zu zögerlich, wenn es um Digitalisierung insgesamt geht. Anstatt die Bedenken zu diskutieren, müssen wir die Chancen und Potenziale, die mittlerweile zu Notwendigkeiten in den Kommunen geworden sind, nutzen. Es muss uns gelingen, endlich wirksame Fortschritte bei der Digitalisierung zu erreichen.



STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Brauchen wir einen Kurswechsel in der Digitalpolitik, um echte Fortschritte zu machen?*

» *Der demografische Wandel und der zunehmende Personal- und Fachkräftemangel in den Kommunen machen die Digitalisierung zu einem „Must-have“. Mehr als ein Drittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen wird in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand gehen. Schätzungen gehen davon aus, dass mehr als 230.000 Jobs unbesetzt bleiben. «*

Prof. Dr. Christoph
Landscheidt
Bürgermeister Kamp-Lintfort
Vizepräsident DStGB

LANDSCHEIDT: Unbedingt, jetzt oder nie. Wir setzen daher hohe Erwartungen in die neue Bundesregierung. Im Koalitionsvertrag findet sich mehrfach das Bekenntnis zum Grundsatz „digital only“. Das ist wichtig, denn so kann es gelingen, Doppelstrukturen zu beseitigen. Wenn eine Verwaltungsleistung ausschließlich digital angeboten wird, können wir unnötige Arbeitsschritte vermeiden, Bearbeitungszeiten verkürzen und Ressourcen schonen. Das setzt aber voraus, dass es wirklich gelingt, durchgehend digitale Prozesse zu etablieren.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Welche Rahmenbedingungen müssen dafür geschaffen werden?*

LANDSCHEIDT: Notwendig sind endlich verbindliche Standards, um auf möglichst allen Verwaltungsebenen medienbruchfreie Prozesse und idealerweise interne und externe Interoperabilität sichzustellen. Außerdem benötigen wir praktikable und realistische Ansätze beim Datenschutz oder für den Einsatz von künstlicher Intelligenz. Nur dann sind Effizienzsteigerungen möglich. Digitalisierung entfaltet vor allem dann Potenziale, wenn sich die entwickelten Lösungen skalieren lassen. Nicht alles muss überall neu entwickelt werden.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Im Koalitionsvertrag wird auch von einem Datendoppelerhebungsverbot gesprochen.*

Dies wäre gut für die Entlastung der Verwaltungen und eine Erleichterung für die Bürgerinnen und Bürger, oder?

LANDSCHEIDT: Natürlich, wenn die Daten einmal vorhanden sind, müssen sie nicht immer wieder neu abgefragt werden. Wir sollten aber vorsichtig sein. Ein Datendoppelerhebungsverbot und die Verpflichtung zum Datenaustausch zwischen den Verwaltungen sind richtige Ansätze, die allerdings erst nach einer erfolgreichen Registermodernisierung funktionieren und Wirkung entfalten werden.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Die Ziele sind klar, aber welche konkreten Erwartungen haben die Kommunen an die neue Bundesregierung?*

LANDSCHEIDT: Bund und Länder müssen endlich erkennen, dass die Digitalisierung der Verwaltung zuallererst in den Kommunen stattfindet. Wir erwarten, dass der Bund ausreichend finanzielle Mittel bereitstellt, um den Kommunen die notwendigen IT-Basisinfrastrukturen, Basisdienste und Services, wie etwa das Nutzerkonto und ID-Werkzeuge, zur Verfügung zu stellen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Reicht das aus?*

LANDSCHEIDT: Nein, denn vielfach fehlt vor Ort das Personal und das Know-how, um Digitalisierung umzusetzen. Es muss daher gelingen, mehr Digitalisierungskompetenz und Fachleute in die Fläche zu bringen und die Kommunen bei Aus- und Weiterbildung zu unterstützen. Das gilt übrigens gleichermaßen für das Thema Cybersicherheit, das wir nicht getrennt betrachten sollten. Es muss gelingen, die Städte und Gemeinden besser gegen Attacken zu schützen, denn gerade die kleineren werden es nicht allein schaffen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wie hat sich die Gefährdungslage denn in den letzten Jahren entwickelt?*

LANDSCHEIDT: Die Angriffe nehmen zu und wir müssen uns darauf einstellen, dass immer mehr Kommunen das Ziel von Cyberattacken sein werden. Wie groß die Bedrohung bereits jetzt ist, macht eine aktuelle Erhebung des DStGB deutlich: Danach ist jede vierte Kommune in den letzten zwei Jahren Ziel einer Cyberattacke geworden.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Wie können denn wirksame Konzepte gegen solche Angriffe aussehen?*

LANDSCHEIDT: Wir müssen noch stärker als bisher auf Zusammenarbeit aller Ebenen setzen: Mehr Informationsaustausch, stabile Kooperationen, Standards und harmonisierte Meldekette bei Sicherheitsvorfällen müssen Teil einer gesamtstaatlichen Strategie gegen hybride Bedrohungen sein. Natürlich brauchen wir auch hierfür die erforderlichen finanziellen Mittel und mehr Know-how in den Kommunen. Das grundsätzliche Bekenntnis zu mehr IT-Sicherheit lässt sich aus dem Koalitionsvertrag klar herauslesen. Es muss gelingen, dass wir das Schutzniveau erhöhen und gleichzeitig Strukturen schaffen, die im Fall eines Angriffs schnell Unterstützung leisten.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Herzlichen Dank für das Gespräch, Herr Prof. Landscheidt. ■*

» *Bund und Länder müssen endlich erkennen, dass die Digitalisierung der Verwaltung zuallererst in den Kommunen stattfindet. Wir erwarten, dass der Bund ausreichend finanzielle Mittel bereitstellt, um den Kommunen die notwendigen IT-Basisinfrastrukturen, Basisdienste und Services, wie etwa das Nutzerkonto und ID-Werkzeuge, zur Verfügung zu stellen.«*

IT-PLANUNGSRAT

IT-Planungsrat

Der IT-Planungsrat ist das zentrale politische Steuerungsgremium für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland. Aus kommunaler Perspektive sind derzeit drei Themen von hoher Relevanz:

Digitaler Marktplatz der Zukunft

Der vom IT-Planungsrat im März 2025 beschlossene „Marktplatz der Zukunft“ soll die föderale Onlineplattform zur Unterstützung der öffentlichen Beschaffung von Software und IT-Dienstleistungen in Deutschland werden. Dort sollen perspektivisch Softwarelösungen und Cloudangebote transparent gemacht werden und die Beschaffung deutlich erleichtert werden. Die Einbindung sowohl öffentlicher als auch privater Angebote soll die Voraussetzungen für ein breites Angebot und eine höhere Bedarfsdeckung liefern.

Für die Kommunen ist und war von Anfang an entscheidend, dass die auf dem Marktplatz vorhandenen Angebote gewisse Basiskriterien erfüllen, um ein Mindestmaß an Sicherheit im Beschaffungsprozess zu gewährleisten. Dies gilt etwa für den Datenschutz, die Datensicherheit, den Datenspeicherort oder die offenen Schnittstellen. Darüber hinaus ist für die Kommunen von besonderer Relevanz, dass im Sinne von Angebotsvielfalt und Innovationswettbewerb nicht nur öffentliche, sondern auch private IT-Dienstleistungen auf dem Marktplatz verfügbar gemacht werden. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, besteht mit dem Marktplatz der Zukunft eine echte Chance, die Digitalisierung schneller in die Fläche zu bringen.

Registermodernisierung

Die Registermodernisierung ist eines der zentralen Digitalisierungsvorhaben in Deutschland. Durch dieses Vorhaben soll ein eine Grundvoraussetzung für durchgehend digitale Verwaltungsangebote geschaffen werden. Nachdem sich Bund und Länder auf einen Staatsvertrag für „Nationales Once-Only-Technical-System (NOOTS)“ verständigt haben, hat der IT-Planungsrat die weitere Umsetzungsstruktur des Programms zur Gesamtsteuerung der Registermodernisierung beschlossen. Das NOOTS soll als technisches System den automatisierten Nachweisabruf aus den verschiedenen angebundenen Registern ermöglichen und so dazu beitragen, die Verwaltungsvorgänge durchgehend digital durchzuführen

und das sogenannte „Once-Only-Prinzip“ zu realisieren. Für Städte und Gemeinden bleiben bei der Registermodernisierung eine Reihe offene Fragen. Bislang fehlen klare Strategien, Strukturen und belastbare Zeitpläne für die Umsetzung des bereits im Jahr 2021 verabschiedeten Gesetzes. Insbesondere das Einspielen der Identifikationsnummer in die Register und der Anschluss an das NOOTS bedürfen einer frühzeitigen kommunalen Beteiligung, um den Erfolg des Projekts sicherzustellen. Es bleibt allerdings unklar, wann die Behörden mit der Anbindung unter welchen Rahmenbedingungen beginnen können.

Deutsche VerwaltungscLOUD

Die Deutsche VerwaltungscLOUD (DVC) ist am 27. März 2025 an den Start gegangen. Die nun verfügbaren Services der DVC ermöglichen über den Einstieg im Cloud-Service-Portal (CSP) eine einheitliche, sichere und standardisierte Bereitstellung von Clouddiensten für Behörden in ganz Deutschland. Potenzielle Kunden aus Bund, Ländern und Kommunen können aktuell etwa 44 Clouddienstleistungen beziehen. In den kommenden Monaten soll die DVC sukzessive weiter ausgebaut werden. Ziel ist es, eine flächendeckende Nutzung und Anbindung aller relevanten Verwaltungsdienste zu ermöglichen. Cloudbasierte Lösungen können einen echten Mehrwert für die Kommunen, ihre Verwaltungen und die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen vor Ort bedeuten. Ziel muss es sein, die DVC so zu gestalten, in dem sowohl öffentliche als auch private Anbieter ihre Angebote einstellen können. Städte und Gemeinden brauchen die Möglichkeit, die neuesten und flexibel einsetzbaren Software-Angebote nutzen zu können.



Jahresbericht
unter
[WWW.
IT-PLANUNGSRAT.
DE](http://WWW.IT-PLANUNGSRAT.DE)





INTERVIEW



WIR BRAUCHEN EIN KULTURELLES UMDENKEN IN DER POLITISCHEN LANDSCHAFT

Interview mit **Ramona Schumann**

Bürgermeisterin der Gemeinde Pattensen + Vorsitzende des „AK Frauen“ im DStGB

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Frau Schumann, warum braucht der Deutsche Städte- und Gemeindebund einen AK „Frauen in der Kommunalpolitik“?*

SCHUMANN: Der Arbeitskreis ist für unseren Verband ein entscheidendes Gremium für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der Entscheidungsfindung in unseren Gremien. Die Realität zeigt, dass Frauen in kommunalen Spitzenpositionen noch immer stark unterrepräsentiert sind. Der DStGB gibt mit dem AK Frauen diesen Stimmen Raum – nicht nur, um Sichtbarkeit zu schaffen, sondern auch, um konkrete Handlungsempfehlungen für eine gleichberechtigte politische Kultur zu erarbeiten. Die kommunale Ebene ist

nah an den Lebensrealitäten der Menschen – gerade deshalb braucht es hier auch die Perspektiven und Erfahrungen von Frauen.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Nur 13 Prozent Frauen im Bürgermeisteramt – woran liegt das und was muss sich ändern?*

SCHUMANN: Die Ursachen sind vielfältig: strukturelle Rahmenbedingungen, ungleiche Lastenverteilung bei der Vereinbarkeit von Amt und Familie, und leider auch fehlende (gemischte) Netzwerke oder Rollenvorbilder. Viele Frauen trauen sich das Amt zwar zu, hadern aber mit den politischen Machtstrukturen und bestehenden Ritualen, die nach

wie vor stark männlich geprägt und für nur wenige einladend sind. Wir brauchen adressatengerechte Ansprache, bessere Vereinbarkeitsmodelle, verlässliche Unterstützungssysteme – aber auch ein kulturelles Umdenken in der politischen Landschaft. Strukturell ist noch viel Luft nach oben.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Auch im neu gewählten Bundestag ist der Frauenanteil geringer geworden. Was ist zu tun und welche Strategien diskutiert der AK? Gibt es Vorbilder im Ausland?*

SCHUMANN: Im Arbeitskreis diskutieren wir unter anderem über gesetzliche Quoten, transparente Nominierungsprozesse, Modelle und Kompetenzbewertungen und schließlich auch über die Rolle der Parteien bei der Kandidat:innenaufstellung. Länder wie Frankreich oder Spanien zeigen, dass verbindliche Gleichstellungsziele Wirkung entfalten können. Wichtig ist aber auch, dass wir Frauen in kommunalen Gremien stärken – denn wer auf lokaler Ebene Fuß fasst, geht oft auch die nächsten Schritte. Deswegen sehen wir gerade die Kommunalpolitik als Schlüsselstelle. Man darf übrigens nicht glauben, dass wir da keine kritischen Sichtweisen haben. Unsere individuellen Erfahrungen sind Grundlage für durchaus kontroverse Diskussionen, die es aber braucht, um gemeinsame Positionen zu finden. Das ist die Basis einer jeden politischen Entscheidungsfindung.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Als Bürgermeisterin und als Vorsitzende des Arbeitskreises: Welche Wünsche haben Sie an die Arbeit des DStGB?*

SCHUMANN: Ich wünsche mir, dass der DStGB das Thema dauerhaft strukturell verankert – über alle politischen Ebenen hinweg. Der Arbeitskreis sollte keine Randerscheinung bleiben, sondern als Impulsgeber anerkannt werden, wenn es um die Zukunftsfähigkeit der Kommunen geht. Außerdem wünsche ich mir, dass unser Verband weiterhin aktiv dazu beiträgt, weibliche Vorbilder sichtbar zu machen – nicht nur am 08. März. Damit kann er als kommunaler Spitzenverband Vorbild und Impulsgeber für eine neue politische Kultur der Zugehörigkeit und Wertschätzung sein. setzen. Ich erwarte außerdem eine paritätische Teilhabe von Frau-



» Länder wie Frankreich oder Spanien zeigen, dass verbindliche Gleichstellungsziele Wirkung entfalten können. Wichtig ist aber auch, dass wir Frauen in kommunalen Gremien stärken – denn wer auf lokaler Ebene Fuß fasst, geht oft auch die nächsten Schritte. Deswegen sehen wir gerade die Kommunalpolitik als Schlüsselstelle. «

Ramona Schumann
Bürgermeisterin Pattensen
Vorsitzende AK Frauen
im DStGB

en in allen Arbeitsbereichen und Gremien der Spitzenverbände. Hierfür sind Männer wie Frauen zuständig. Ich halte es für einen systemischen Fehler, die Frauenförderung allein zu einer Angelegenheit der Frauen zu machen. Sie ist eine gesellschaftliche Aufgabe und nutzt allen Menschen unabhängig von Geschlecht und Status. Langfristiges Ziel muss es sein, dass unser Arbeitskreis gar nicht mehr benötigt wird.

STADT & GEMEINDE DIGITAL: *Herzlichen Dank für das Gespräch, Frau Schumann. ■*

Nur 13 Prozent Bürgermeisterinnen

Das Ziel, den Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik und insbesondere in der Funktion als Bürgermeisterin zu erhöhen, ist breiter politischer Konsens. Wie sich der Anteil der Bürgermeisterinnen über die Jahre und Jahrzehnte entwickelt hat, wie der Status quo aussieht und ob regionale Maßnahmen den gewünschten Erfolg erzielen, lässt sich allerdings nicht exakt belegen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat Ende 2024 in Kooperation mit Simon Stocker (Universität Stuttgart) eine KI-unterstützte Schätzung zum Anteil der Bürgermeisterinnen in Deutschland veröffentlicht.

Über alle Bundesländer hinweg beträgt der Frauenanteil im Bürgermeisteramt 13,5 Prozent, entsprechend wird etwas weniger als jede siebte Gemeinde von einer Frau geleitet. Im Hinblick auf die Bundesländer zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede. Die höchsten durchschnittlichen Frauenanteile zeigen sich in Schleswig-Holstein und in Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 18,3 Prozent, gefolgt von Brandenburg (16,4 Prozent) und Sachsen-Anhalt bzw. Niedersachsen (je 15,2 Prozent). Schlusslicht stellt das Saarland dar, hier sind nur 6,6 Prozent der Bürgermeister weiblich.



MIGRATIONSWENDE VOLLENDEN KOMMUNEN ENTLASTEN

Die Kommunen in Deutschland sind seit dem Jahr 2015 in der Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen überaus engagiert. Im Jahr 2022 suchten über eine Million Menschen, vornehmlich aus der Ukraine, Schutz in Deutschland. Im Jahr 2023 stieg die Zahl der Asylsuchenden auf über 300.000, dem höchsten Wert seit dem Jahr 2016. Diese Entwicklung führte in vielen Kommunen zu einer Erschöpfung der Kapazitäten bei Unterbringung und Personal, überlasteten Bildungseinrichtungen und einem erhöhten Bedarf an Integrationskursen.

Seit dem Jahr 2022 haben, inklusive der Menschen aus der Ukraine, mehr als zwei Millionen Menschen in Deutschland Schutz gesucht. Für die Unterbringung, Versorgung und Integration der Geflüchteten wenden alle staatlichen Ebenen erhebliche finanzielle Ressourcen und die Kommunen zusätzlich auch personelle Ressourcen auf. Ohne das Engagement der vielen Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe wäre die Situation sowohl in den Jahren 2015 und 2016 als auch

nach dem russischen Überfall auf die Ukraine kaum zu bewältigen gewesen.

Gleichzeitig zeigt sich, dass die Akzeptanz für die Aufnahme neuer Flüchtlinge in der Bevölkerung vor dem Hintergrund der Be- und Überlastungssituation zurückgeht. Auf Druck der Bundesländer und der Kommunen wurden im Jahr 2024 von der damaligen Bundesregierung richtige Weichenstellungen getroffen, um illegale Migration stärker zu begrenzen.

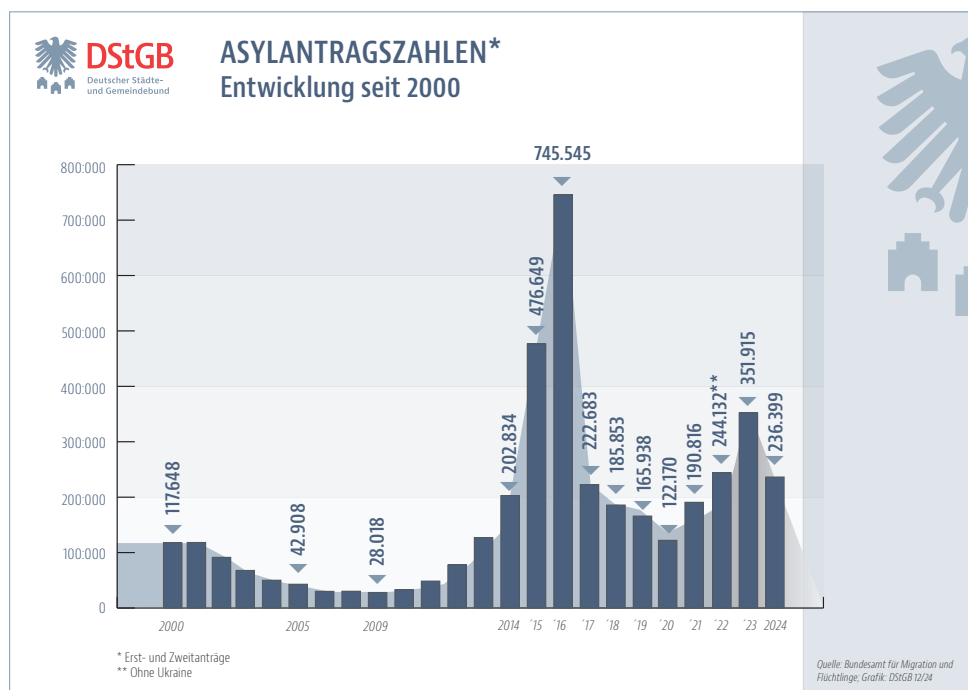
Mit dem Rückführungsverbesserungsgesetz wurden erste Schritte dazu unternommen, dass diejenigen, die in Deutschland kein Bleiberecht haben, das Land schnell wieder verlassen. Rückführungen von Menschen ohne Bleibeperspektive in ihre Heimatländer wurden grundsätzlich vereinfacht. Der Polizei wurden mit erweiterten Durchsuchungsmöglichkeiten und einer Erweiterung des Ausreisegewahrsams mehr Mittel gegeben, um Identitäten festzustellen und Personen abzuschieben.

Die Bezahlkarte wurde ausdrücklich als Leistungsform aufgenommen. Gleichzeitig wurde ihre Einsatzmöglichkeit erweitert. Das heißt, nun können alle Geflüchteten – egal wie sie untergebracht sind – die ihnen zustehenden Leistungen per Bezahlkarte erhalten. Der Vorteil von Bezahlkarten ist, dass die dort zur Verfügung gestellte Summe nur im Inland ausgegeben werden kann. Zudem kann sie dazu beitragen, den Verwaltungsaufwand in den Kommunen zu reduzieren. Leider ist die konkrete Ausgestaltung hinter den Erwartungen zurückgeblieben und es ist teilweise ein Flickenteppich entstanden.

Mit dem „Gesetz zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems“ wurden die Möglichkeiten des Bundesamtes für Migration und zur Feststellung der Identität von Geflüchteten erweitert. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass Flüchtlinge, die nach der Dublin-Regelung ausreisen müssen, keine Sozialleistungen mehr erhalten sollen, wenn

der Aufnahmestaat der Rückführung zugestimmt hat. Bei Reisen ins Herkunftsland, die nicht zwingend geboten sind, soll eine Aberkennung des Schutzstatus erfolgen.

Diese Maßnahmen haben eine Signalwirkung und leisteten einen Betrag zur Senkung der Asylgesuche in Deutschland in den Jahren 2024 und 2025. Gleichzeitig sind die Kommunen weiterhin mit der hohen Zahl der bereits nach Deutschland gekommenen Geflüchteten sehr belastet, sodass es eine langfristige Reduktion der Asylzahlen braucht, damit diejenigen Flüchtlinge mit dauerhafter Bleibeperspektive gut integriert werden könne. Die Maßnahmen im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sind dabei im Verbund mit dem neuen gemeinsamen europäischen Asylsystem dazu geeignet, dauerhaft die Asylgesuche nach Deutschland zu reduzieren und mittel- und langfristig zu einer Entspannung der Situation vor Ort zu führen. ■



**Entwicklungen der Asyl-
anträge in Deutschland.
Trotz leichtem Rückgang
bleibt die Belastung in
den Kommunen hoch.**



LÄNDLICHE RÄUME STÄRKEN UND WIRKSAM FÖRDERN

Ländliche Räume sind das Rückgrat unseres Landes. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland lebt dort. Ein bedeutender Teil der wirtschaftlichen Wertschöpfung entsteht in diesen Regionen. Eine nachhaltige Bundes- und Europapolitik muss deshalb deren spezifische Rahmenbedingungen und Potenziale berücksichtigen und gezielt fördern. Gerade für strukturschwache und ländliche Regionen sind weiterhin Investitionen in Infrastruktur, Daseinsvorsorge und die Bewältigung aktueller Transformationsaufgaben wie Digitalisierung und Klimaschutz unerlässlich.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund setzt sich für ein hohes Förderniveau bei den Gemeinschaftsaufgaben GAK und GRW ein. Diese bilden zentrale Säulen zur Stärkung der Wirtschaft und der Lebensqualität vor Ort. Die Neuausrichtung der GRW mit einer erweiterten Zielsetzung auf eine klimaneutrale Wirtschaft sowie die Einbeziehung neuer Förderaspekte, wie beispielsweise der Daseinsvorsorge, waren wichtige Schritte. Durch die GAK wiederum konnten in

vielen Gemeinden unter anderem Dorfentwicklungsprojekte angestoßen werden. Um alle Förderziele bei GRW und GAK tatsächlich zu erreichen, sind nun zusätzliche Mittel notwendig sowie die Möglichkeit einer überjährigen Mittelverwendung erforderlich.

Der Gleichwertigkeitsbericht 2024 der Bundesregierung verdeutlicht erneut die strukturellen Unterschiede zwischen den Regionen. Er zeigt zudem, dass Zukunftsperspektiven und handlungsfähige Kommunen entscheidend sind, um Politikverdrossenheit entgegenzuwirken und eine positive Aufbruchsstimmung zu erzeugen.

Auf europäischer Ebene muss die ländliche Entwicklung innerhalb der Agrarpolitik sowie bei den Struktur- und Investitionsfonds in der kommenden Förderperiode stärker verankert werden. Besonders das bewährte LEADER-Programm sollte als wichtiger Bestandteil der Regionalentwicklung erhalten bleiben. Darüber hinaus setzt sich der DStGB für

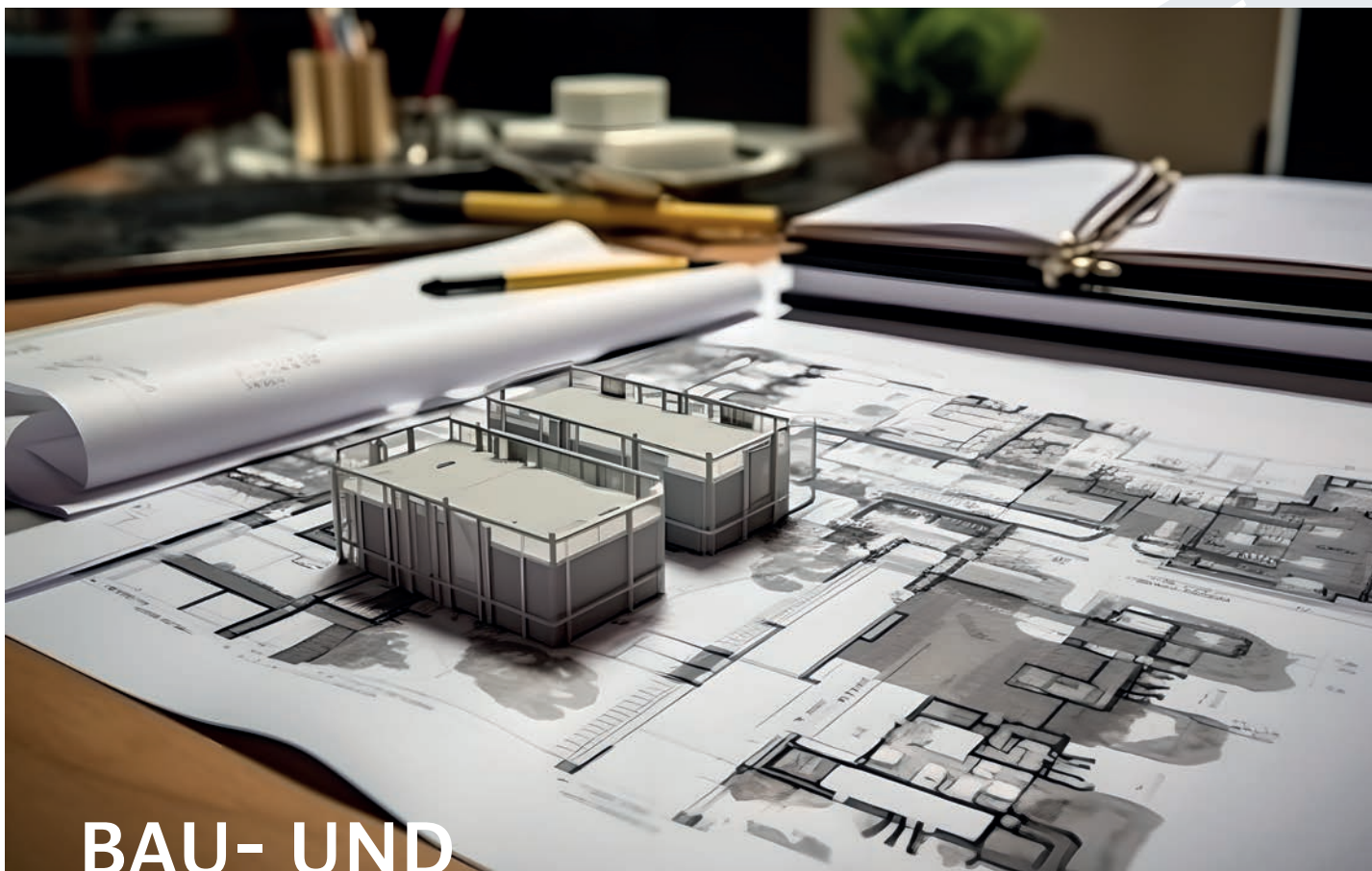


eine weiterhin bedeutende Rolle der Kohäsionspolitik ein. Aktuell finden entscheidende Weichenstellungen für die kommende Förderperiode nach dem Jahr 2027 statt. Neben der Mittelausstattung, die angesichts neuer europäischer Prioritätensetzungen zur Diskussion steht, wird insbesondere über die Governance der Struktur- und Investitionsfonds debattiert. Eine Neuausrichtung mit einer stärkeren Bindung der Mittelzuweisungen an nationale Programme scheint unausweichlich. Allerdings muss ein Einflussverlust der regionalen Ebene verhindert werden.

Ein warnendes Beispiel liefert Deutschlands nationaler Plan zur Umsetzung der EU-Aufbau- und Resilienzfazilität, die zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie geschaffen wurde. Hier zeigte sich, dass die Gefahr besteht, dass EU-Mittel vorwiegend für bundespolitische Interessen und Vorhaben genutzt werden. Der regionale Ansatz, die gemeinsame Mittelverwaltung und das Partnerschaftsprinzip haben sich jedoch bewährt, um pass-

genaue Förderung vor Ort sicherzustellen.

In den kommenden Jahren wird sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene der Bürokratieabbau einen großen Stellenwert haben. Die hohen bürokratischen Anforderungen führen aufgrund fehlender Verwaltungskapazitäten vor Ort jedoch häufig dazu, dass Fördermittel nicht beantragt werden oder Projekte aufgegeben werden. Daher fordert der DStGB einen echten Paradigmenwechsel hin zu einer Vereinfachung und Digitalisierung von Antragsverfahren sowie eine Angleichung der Abwicklungsprozesse unterschiedlicher Programme. Verwaltungs-, Kontroll- und Dokumentationsverfahren müssen auf das notwendige Maß beschränkt werden, um Kommunen effektiv zu entlasten und Fördermittel zielgerichtet einsetzen zu können. ■



BAU- UND PLANUNGSRECHT VEREINFACHEN STADTENTWICKLUNG STÄRKEN

Die Novelle des Bundesstädtebaurechts war in der vergangenen Legislaturperiode ein aus kommunaler Sicht wichtiges Gesetzesvorhaben, das leider der Diskontinuität zum Opfer gefallen ist. Die notwendigen Reformansätze bleiben aber auf der Tagesordnung: Themenfelder wie „Bezahlbarer Wohnraum“, „Klimaschutz und Klimaanpassung“ sowie die generelle Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren erfordern weiterhin einen kritischen Blick auf den bestehenden Rechtsrahmen, insbesondere im Baugesetzbuch (BauGB) sowie in der Baunutzungsverordnung (BauNVO).

Ein vordringliches Ziel muss es sein, die Innenentwicklung weiter zu stärken, zusätzliche Bauflächen zu mobilisieren, den Bau bezahlbarer Wohnungen zu fördern und Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter zu digitalisieren und praxisgerecht auszugestalten. Erleichterungen, die den Aufwand in den Kommunen, etwa bei der Aufstellung von Bauleitplänen und auf Genehmigungsebene reduzieren, müssen umgesetzt werden. Hierzu zählen unter anderem

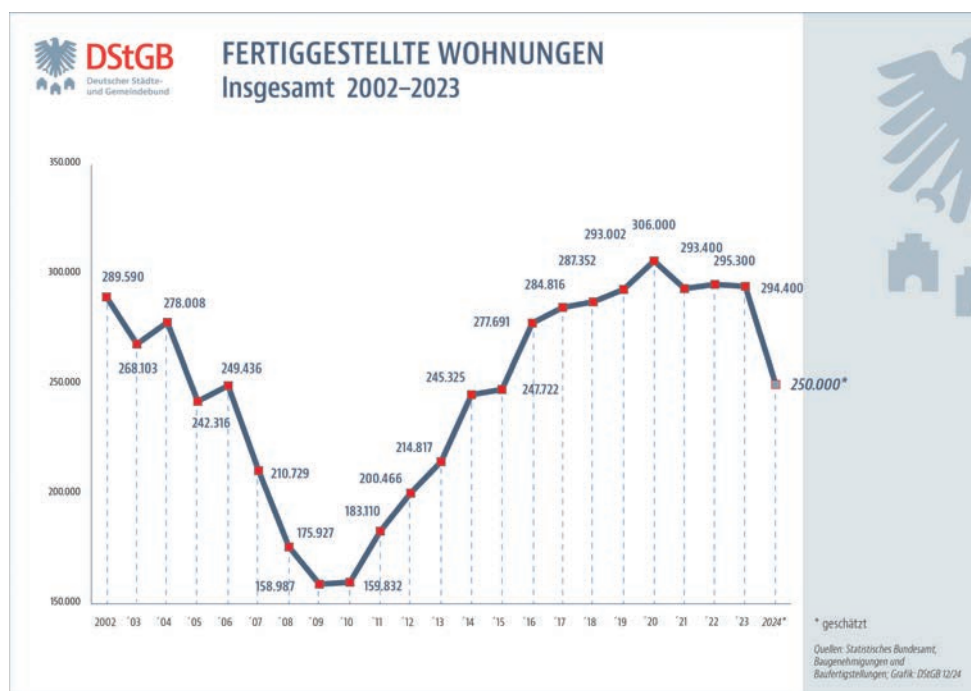
erweiterte Befreiungsmöglichkeiten von den Festsetzungen von Bauleitplänen oder die effektive Vereinfachung von Umweltprüfung und Umweltbericht einschließlich einer Reduzierung des Prüfrahmens auf das EU-rechtlich Notwendige. Zudem braucht es flexiblere Eingriffs- und Ausgleichsregelungen oder auch eine Optimierung der kommunalen Vorkaufsrechtsregelungen. Zur beschleunigten Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist zudem eine spürbare Reduzierung der Baustandards notwendig. Hierzu zählt unter anderem die Umsetzung und Zulassung des Gebäudetyps E. Mit Blick auf den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien muss die neue Bundesregierung zudem sicherstellen, dass die kommunale Planungs- und Steuerungshoheit nicht durch weitere Privilegierungstatbestände im planerischen Außenbereich weiter ausgehöhlt, sondern im Gegenteil nachhaltig gestärkt wird. Den Kommunen muss auch in Zukunft ein Ausgleich zwischen den Anforderungen verschiedener Nutzungen wie etwa der Landwirtschaft, dem Infrastrukturausbau, der städtebaulichen Planung, dem



Gewässer-, Boden- und Naturschutz sowie den wirtschaftlichen Entwicklungen aktiv möglich bleiben. Anderenfalls droht ein massiver Akzeptanzverlust in der Bevölkerung.

Mit Blick auf die Stadt- und Gemeindeentwicklung wird es schließlich darauf ankommen, unsere Innenstädte und Ortskerne weiter zu stärken, die Attraktivität zu erhöhen und die Anpassung an den Klimawandel weiter voranzutreiben. Bei diesen Bemühungen müssen Bund, Länder und Kommunen

eng zusammenwirken. Ein wesentlicher Baustein bleibt die Städtebauförderung von Bund und Ländern, die seit über 50 Jahren der zentrale Baustein einer integrierten und nachhaltigen Stadt- und Gemeindeentwicklung und ein Konjunkturprogramm im besten Sinne ist. Ein Euro an Städtebaufördermitteln generiert bis zu sieben Euro an weiteren öffentlichen und privaten Investitionen. Daher ist es erforderlich, die Städtebaufördermittel des Bundes und der Länder deutlich zu erhöhen und weiter auszubauen. ■



Zahl der pro Jahr der fertiggestellten Wohnungen in Deutschland. Es muss gelingen, den Bau von Wohnungen günstiger und schneller zu realisieren.



MOBILITÄT: MEHR SPIELRÄUME FÜR KOMMUNEN UND NACHHALTIGE FINANZIERUNG

Eine gute Verkehrsanbindung ist elementar für die Bevölkerung, die Wirtschaft und den Tourismus in den Kommunen. Klar ist, dass Verkehrskonzepte individuell zu den Rahmenbedingungen und Bedürfnissen vor Ort passen müssen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund setzt hierbei sowohl auf eine Stärkung kommunaler Handlungsspielräume als auch auf die Verbesserung der Angebote nachhaltiger und moderner Mobilität.

Die in der vergangenen Legislaturperiode durchgeführte Reform des Verkehrsrechts, bestehend aus den Novellen von StVG, StVO und zuletzt der Verwaltungsvorschrift zur StVO, hat zusätzliche Handlungsmöglichkeiten geschaffen.

Dazu zählen beispielsweise neue Spielräume bei der Ein-

richtung von Fußgängerüberwegen oder der Anordnung von Tempo 30 vor bestimmten Einrichtungen. Es muss aus Sicht des DStGB auch in Zukunft gelingen, kommunale Gestaltungsmöglichkeiten zu erweitern sowie Bürokratie und aufwendige Nachweise bei verkehrlichen Maßnahmen abzubauen. Denn vor Ort wissen die Betroffenen am besten, wie der Verkehr gestaltet werden muss.

Mit Blick auf die Verteilung des neu geschaffenen Infrastruktur-Sondervermögens ist die Liste kommunaler Bedarfe lang. In der vom DStGB begleiteten Studie des Difu „Investitionsbedarfe für ein nachhaltiges Verkehrssystem“ wurde festgestellt, dass sich jeder dritte Straßenkilometer in kommunaler Baulast in einem schlechten Zustand befindet. Nahezu jede zweite kommunale Brücke befindet sich

in keinem guten Zustand. Die Investitionsbedarfe für die Verkehrsinfrastruktur betragen demnach bis zum Jahr 2030 etwa 372 Milliarden Euro. Auch laut dem KfW-Kommunalpanel ist der Investitionsrückstand gerade bei der Verkehrsinfrastruktur mit 48,3 Milliarden Euro enorm. Es bleibt daher klares Ziel des DStGB, mehr Unterstützung der Kommunen bei den Infrastrukturinvestitionen zu erreichen.

Beim Nahverkehr sorgt die bislang fehlende Finanzierungssicherheit beim Deutschlandticket für ein erhebliches Kostenrisiko bei kommunalen Aufgabenträgern und den Verkehrsunternehmen vor Ort. Bislang konnte das Ticket seine Wirkung noch nicht voll entfalten. Noch bedeutender als die offenen Fragen zur Zukunft des Deutschlandtickets sind die tatsächlichen Angebote, die vielerorts mangels Finanzierung aktuell in Frage gestellt werden müssen. Den nicht abgeschlossenen Prozess der letzten Bundesregierung für einen Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV gilt es nicht nur zu beleben, sondern vor allem durch Aufstockungen bei den Regionalisierungsmitteln und beim GVFG mit Leben zu füllen. Anstelle der reinen Subventionierung des Tarifs braucht der Nahverkehr ein Gesamtkonzept, das sowohl die Belange der Metropolräume als auch der bislang noch unzureichend angebundenen ländlichen Räume in den Blick nimmt. Zentral bleibt auch die Förderung der notwendigen, aber kostenintensiven Antriebswende. Neben Bussen

sind hierfür umfangreiche Investitionen in Ladeinfrastruktur und Betriebshöfe von Nöten.

Als Beitrag nachhaltiger Mobilität sind auch Bahnhöfe samt ihren Vorplätzen, Mobilitätsstationen, sowie die Nahmobilitätsinfrastruktur in den Blick zu nehmen. Hierzu stehen Programme der ganzheitlichen Bahnhofsentwicklung sowie die Fortsetzung der erfolgreichen Radverkehrsförderung des Bundes im Blick des DStGB.

Ein gutes Mobilitätsangebot ist nicht zuletzt für den Tourismus in den Städten und Gemeinden von zentraler Bedeutung. Neben Autobahnanschlüssen, der Schienenanbindung oder guten Radwegen gehört hierzu auch der Ausbau der Ladeinfrastruktur. Ein Schwerpunkt des DStGB liegt weiterhin in der Begleitung der Arbeit der Nationalen Leitstelle für Ladeinfrastruktur, um den Kommunen wirksame Instrumente und Beratung an die Hand zu geben. Klar ist, dass für den Ladeinfrastrukturaufbau neben Kommunen, Bund und Ländern auch Energiewirtschaft, Tankstellenbetreiber, Handel oder Gastgewerbe gefordert sind. In vielen Städten und Gemeinden konnte der Ausbau der Ladeinfrastruktur gemeinsam zuletzt maßgeblich vorangebracht werden. Eine sich abzeichnende Fahrzeugförderung wäre schließlich auch für die Automobilstandorte ein wichtiger Baustein, um den Wandel weiter zu beschleunigen. ■





KOMMUNALWIRTSCHAFT STEHT VOR GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN

Für die Kommunalwirtschaft steht die Umsetzung der Energie- und Wärmewende im Fokus. Die Kommunen haben in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle, da sie die Planung vor Ort übernehmen und gleichzeitig als Schnittstelle zur Bevölkerung die notwendigen Maßnahmen kommunizieren und den Transformationsprozess aktiv begleiten. Die Kernfrage für die Kommunen und ihre Unternehmen ist dabei, wie die finanziellen Lasten dieser gewaltigen Transformationsaufgabe gestemmt werden können. Der Investitionsbedarf bis zum Jahr 2030 wird auf mindestens 600 Milliarden Euro beziffert.

WÄRMEWENDE ABSICHERN

Die kommunale Wärmeplanung ist maßgebliche Grundlage für die Steuerung und Ausgestaltung der Wärmewende. Sie ist durch das Wärmeplanungsgesetz des Bundes verpflichtend worden. Die Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes in jeweilige Landesgesetze ist noch nicht in allen Ländern abgeschlossen. Neben einem vollständigen Ausgleich der Planungskosten prägen eine kommunalfreundliche Ausgestaltung der Datenerhebung für die Planung die Diskussion.

Notwendig sind zudem Verfahrenserleichterungen für kleinere Kommunen und für Gebiete, die sich mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht für eine Versorgung durch ein Wärmenetz oder ein Wasserstoffnetz eignen. Bei der Umsetzung der Ergebnisse der Wärmeplanung spielt wiederum die Finanzierung eine wichtige Rolle. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Aufstockung und gesetzliche Absicherung der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) ist grundsätzlich ein gutes Signal. Allerdings muss diese schnell kommen und es dürfen die Rahmenbedingungen der Wärmewende nicht grundsätzlich infrage gestellt werden. Die damit verbundene Rechtsunsicherheit hemmt die erforderlichen Investitionen der Kommunalwirtschaft.

ZUKUNFT DER GASNETZE KLÄREN

Mit Blick auf eine klimaneutrale Energieversorgung stellen sich viele Kommunen und ihre Unternehmen die Frage nach der Zukunft der Gasnetze. Es ist zu klären, wie eine bezahlbare, wirtschaftlich tragfähige und sichere Energieversorgung auch in der Übergangsphase zur Klimaneutralität sichergestellt werden kann. Bei abnehmender Zahl der Gasverbraucher und/oder der Abnahmemenge von Erdgas sind die Kosten für den Betrieb und die Instandhaltung des Gasverteilernetzes zunehmend von immer weniger Kunden zu tragen. Es werden sich die Fälle häufen, in denen sich aufgrund fehlender Wirtschaftlichkeit gar kein Versorgungsunternehmen mehr findet. Zu den Forderungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gehört daher, dass der Gesetzgeber eine Weiterbetriebspflicht für den bisherigen Betreiber schafft und diesen aufgrund fehlender Wirtschaftlichkeit entsprechend entschädigt. Eine Übernahme des Betriebs durch die Kommunen ist abzulehnen.

STEUERLICHEN QUERVERBUND ERHALTEN

Die vielen kapitalintensiven Aufgaben übersteigen regelmäßig die Kapazitäten einzelner Kommunen und Stadtwerke.

Querverbünde vereinen als integrierte Strukturen verschiedene Sparten der Daseinsvorsorge (Strom, Gas, Wasser, Wärme, ÖPNV) unter einem Dach. Auf diese Weise wird in den Kommunen ein Angebot an gemeinwohlorientierten Angeboten wie bezahlbarer ÖPNV oder der Betrieb von Bädern, etwa für das Schulschwimmen, ermöglicht. Herausforderung ist dabei stets, den Rechtsrahmen für diese Gestaltungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund der Transformation des Energieversorgungssystems steuer- und wettbewerbsrechtlich fortzuentwickeln, um diese Dienstleistungen auch künftig im Interesse der Bürgerinnen und Bürger anbieten zu können. Insofern ist es sehr zu begrüßen, dass die Finanzverwaltung eine entsprechende kommunale Initiative unterstützt und das Thema auch im Koalitionsvertrag seinen Niederschlag findet.

KEINE ZUSÄTZLICHE BÜROKRATIE SCHAFFEN

Ein weiteres Thema, das die Kommunen und ihre Unternehmen beschäftigt, ist die geplante Umsetzung der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. Diese würde mittelbar auch kleine und mittlere kommunale Unternehmen verpflichten, umfangreiche Berichte über soziale und ökologische Auswirkungen ihrer Aktivitäten zu erstellen. Der zusätzliche bürokratische Aufwand könnte die Transformation zur Klimaneutralität unnötig erschweren. Die EU-Kommission hat zu erkennen gegeben, dass sie die Bedenken ernst nimmt. Ihr Vorschlag, die Anwendung der neuen unternehmerischen Nachhaltigkeits- und Sorgfaltsberichtspflichten aufzuschieben, ist mit der sogenannten „Stop-the-Clock“-Richtlinie bereits in Kraft getreten. Mit der weiteren Ankündigung der Kommission, den Kreis der von der Umsetzung der Berichtspflichten betroffenen Unternehmen insgesamt deutlich reduzieren zu wollen, wären kommunale Unternehmen weitgehend vom Anwendungsbereich ausgenommen. Mit dem Abschluss dieses Verfahrens wird gegen Ende des Jahres gerechnet. Dieser Ausnahme muss der nationale Gesetzgeber dann folgen. ■



**Kommunale Wärmeplanung
aus der Praxis für die Praxis | DStGB**



LOKALE DEMOKRATIE UNTER DRUCK

Die Kommunalpolitik ist das Fundament unsere Demokratie. In den letzten Jahren gerät die lokale Demokratie jedoch verstärkt unter Druck. Die aktuelle politische und gesellschaftliche Lage führt zu Verunsicherungen, Sorgen, Wut und einer zunehmenden Polarisierung bis hin zu extremistischen Einstellungen, die sich in Teilen der Politik und der Gesellschaft manifestieren. Wir erleben eine „Vertrauenskrise“ in die Handlungs- und Funktionsfähigkeit „der Politik“ und „des Staates“. Während ein Großteil der Menschen auch in diesen Zeiten weiterhin an die Stärke des kommunalpolitischen Engagements glauben, sinkt das Vertrauen eines anderen Teils

der Bürgerinnen und Bürger in kommunale Institutionen und Kommunalpolitik deutlich. Die Folgen sind ein nachlassendes Interesse an kommunalpolitischen Fragestellungen und Beteiligungsprozessen vor Ort. Die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen ist im Jahr 2024 zwar insgesamt gestiegen, dennoch gibt es bei vielen Menschen weniger oder sogar keine Bereitschaft mehr, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren.

Hinzu kommt, dass extremistische Einstellungen und Gruppierungen deutlichen Zulauf verzeichnen können. Kommu-

nalpolitikerinnen und -politiker werden zunehmend zur Projektionsfläche für den allgemeinen Frust und die Verunsicherungen der Bürgerinnen und Bürger, ohne dass sie globale oder bundespolitische Entscheidungen zu verantworten haben. Das Ausmaß von Unmut, Wut bis hin zu Hass, Anfeindungen und Gegenwehr von einem Teil der Bürgerinnen und Bürger, die den kommunal Engagierten im Alltag und im digitalen Raum entgegenschlägt, ist enorm und verschärft sich weiter. Ehrenamtliches Engagement in der Kommunalpolitik verliert an Attraktivität. Mittlerweile ist fast jede dritte Kommunalpolitikerin und -politiker persönlich – und dass sogar mehrfach – betroffen. Dies bestätigt das „Kommunalmonitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber kommunalen Amtsträgerinnen und -trägern“ des BKA, das gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden erstellt wird und auch im Jahr 2025 fortgesetzt wird.

Diese Entwicklungen sind – zusammen mit der finanziellen Schieflage und schwindenden Handlungsspielräumen der Kommunen – für die Demokratie in Deutschland fatal. Demokratie braucht Menschen, die für sie eintreten. Sie braucht aber zugleich auch Menschen, die sich aktiv in der Kommunalpolitik engagieren. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hatte zu den Kommunalwahlen 2024 eine gemeinsame Wahl- und Demokratiekampagne initiiert, die über die Wahltermine hinaus zur Stärkung von kommunaler Selbstverwaltung und lokaler Demokratie beitragen soll. Mit der beim Bundesministerium des Innern und für Heimat angesiedelten „Allianz zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger“ – jetzt „Allianz für Kommunen“ – und der Einrichtung einer bundesweiten Ansprechstelle („starke Stelle“) für bedrohte Kommunalpolitikerinnen und -politiker wurden wichtige Strategien und Maßnahmen für den Schutz der lokalen Demokratie ergriffen. Die bundesweite Ansprechstelle soll laut Koalitionsvertrag auch in der neuen Legislaturperiode fortgesetzt werden, dass kommunaler Sicht ausdrücklich begrüßt wird. ■

"Hass und Hetze"

Das Ausmaß von Hass und Hetze im Netz, das Kommunalpolitikerinnen und -politiker im beruflichen sowie persönlichen Alltag entgegenschlägt, ist immens und hat fatale Folgen für unsere Demokratie. Laut dem Kommunalmonitoring des Bundeskriminalamtes mit den Kommunalen Spitzenverbänden sind 34 Prozent und damit mehr als jede/r dritte Kommunalpolitikerinnen und -politiker im Haupt- und Ehrenamt von Beleidigungen, Bedrohungen und Anfeindungen betroffen – und das sogar mehrfach. Während der Kommunalwahlen 2024 hat das Anfeindungsgeschehen deutlich zugenommen. Auch Familienangehörige sowie die Beschäftigten in den Verwaltungen kriegen diese Entwicklung deutlich zu spüren. Neben Anfeindungen sind insbesondere Kommunalpolitikerinnen zunehmend auch von Desinformationen und Deep-Fakes betroffen. Es ist zu erwarten, dass sich die Situation angesichts der aufgeheizten und polarisierten Stimmung in Teilen der Politik und der Gesellschaft weiter verschärfen wird. Dazu wird auch die Zunahme radikaler Einstellungen und das Erstarken rechter Gruppierungen beitragen. Bereits jetzt leiden 81 Prozent der Betroffenen unter physischen und psychischen Folgen. Sieben Prozent denken über einen Rückzug aus der Kommunalpolitik nach und wollen nicht erneut antreten. Dem müssen alle demokratischen Kräfte in Politik, Gesellschaft, Medien und der Staat mit aller Kraft entgegenwirken. Gibt es künftig keine Bereitschaft mehr, sich für die kommunalpolitischen Ämter zu engagieren droht uns ein ernstzunehmender Schaden für die lokale Demokratie, der auch massive Auswirkungen auf das gesellschaftliche Miteinander befürchten lässt. Kommunal-(politisch) Engagierte müssen im Umgang mit Hass, Beleidigungen und Gewalt noch besser geschützt werden, Strafrechtslücken geschlossen und digitale Gewalt im Netz bekämpft werden.

Der Deutsche Kommunalkongress wird das Thema im Panel „Stark & resilient im Amt“ am 3. Juni um 13:30 Uhr aufgreifen.



EHRENAMT BRAUCHT ERLEICHTERUNGEN UND UNTERSTÜTZUNG

Bürgerschaftliches Engagement ist das soziale Kapital der Städte und Gemeinden. Es ist auch das Rückgrat unseres Bevölkerungsschutzes. Feuerwehr, THW, Rotes Kreuz und viele andere Hilfsorganisationen leben vom Engagement der Menschen. Diese Strukturen verdienen mehr Wertschätzung, bessere Rahmenbedingungen und gezielte Nachwuchsförderung.

Dasselbe gilt für die Kommunalpolitik. Ehrenamtliche Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte sind Bindeglied zwischen Kommunalverwaltung und Bürgerinnen und Bürgern. Eine repräsentative Umfrage der Körber-Stiftung zeigt, dass gerade diese Ehrenamtler die geringen Gestaltungsspielräume und die mangelnde Wertschätzung durch Landes- und Bundespolitik kritisieren. Kommunalpolitisches Engagement ist das „Wurzelwerk“ der Demokratie, daher muss insbesondere dieses Engagement gestärkt und gefördert werden.

Auch in vielen anderen Bereichen wäre gesellschaftliches Leben in dieser Form nicht möglich, wenn es nicht das enorme Engagement der Bürgerinnen und Bürger geben würde. So verschieden die Städte und Gemeinden in Deutschland sind,

so vielgestaltig ist auch die vorhandene Engagementlandschaft. Was an einer Stelle ein Bürgerhaus oder eine Freiwilligenagentur macht, übernimmt woanders ein Seniorenbüro oder ein Mehrgenerationenhaus. Mit anderen Worten: Es müssen mehr Mittel und Zeit in die Frage investiert werden, wie Politik formuliert und ausgehandelt wird, statt immer nur in fertigen Produkten und Einrichtungen zu denken. Ziel muss es letztlich sein, dass jede Kommune maßgeschneidert auf die eigene Situation mit den geeigneten Partnern vor Ort eine passende Engagementpolitik entwirft und weiterentwickelt. Dafür braucht es zuerst eine angemessene Finanzausstattung und nachhaltige Finanzierung.

Das Ehrenamt braucht daher Erleichterungen, Unterstützung und Zuspruch, gerade in diesen herausfordernden Zeiten. Es braucht konkrete Maßnahmen, um das Ehrenamt zu entlasten. Hierzu gehört beispielsweise, dass Aufwandsentschädigungen entbürokratisiert und von Abgaben befreit werden. Zudem ist der Staat gefordert, die vielen Ehrenamtlichen bei ihrer Arbeit besser zu schützen und auf allen Ebenen für mehr Toleranz, Zusammenhalt in der Gesellschaft sowie gegen Hass und Ausgrenzung zu argumentieren. ■



STARKE STIMME DER KOMMUNEN IN EUROPA

Die Arbeit des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Brüssel ist von den Änderungen, die sich durch die Europawahl und die Neubesetzung der EU-Kommission ergeben haben, geprägt. Standen die politischen Entscheidungen bis vor kurzem noch unter dem politischen Ziel, die Green Deal Politik vergangener Jahre weiterzuentwickeln, so hat sich der Schwerpunkt der EU-Politik vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen stärker den Themen „wirtschaftliche Resilienz, Ankurbelung der Konjunktur sowie ggf. Verlangsamung der Umsetzung der EU-Politik, insbesondere im Bereich der Umwelt“ zugewandt.

Inhaltlich folgte daraus beispielsweise, dass sich die Europaarbeit für die Kommunen in Brüssel zum einen der EU-Wettbewerbspolitik und zum anderen neuen Herausforderungen in der EU-Strukturpolitik zugewandt hat. So wurde unter Federführung des Europabüros des DStGB eine gemeinsame Stellungnahme der deutschen kommunalen Spitzenverbände zur Reform des öffentlichen Auftragswesens erarbeitet, die auf eine Entschlackung der Vorschriften und eine Beschleunigung der Verfahren setzt. Zudem setzt der DStGB auf europäischer Ebene für eine stärkere Beachtung Kommunen und ländlichen Gebiete im Bereich der

Kohäsionspolitik ein, deren Beratung im Zuge der EU-Haushaltspolitik in diesem Sommer startet. Extra dafür wird es auch eine Konferenz im EU-Parlament zu diesem Thema geben. Im Interesse der Städte und Gemeinden steht ebenfalls, die so genannte und verabschiedete kommunale Abwasserrichtlinie (KARL), die für die öffentliche Seite vorteilhaft ist, gegen Revisionsbestrebungen zu verteidigen.

Zur stetigen Interessenvertretung der Kommunen in Brüssel gehört den zukünftigen Beratungsprozess der EU-Organe zu begleiten. Hierzu beteiligt sich der DStGB an den Überlegungen des EP, die Wohnungskrise in Europa zu lindern, wird sich im September 2025 (ebenfalls Konferenz) der EU-Politik zur KI widmen und plant auch das Thema „Katastrophenschutz“ auf EU und deutscher Ebene aufzugreifen. Mit der EU-Kommission wird schließlich in engem Dialog versucht, die neue rechtliche Situation der deutschen Staatsfinanzen im Hinblick auf die EU-Stabilitätskriterien zu klären.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund setzt sich durch diese und viele andere Aktivitäten dafür ein, den Kommunen in Europa eine starke Stimme zu geben. ■



KEN: Initiative "Kommunen nutzen Expertise" geht an den Start

Die Personallücke im Öffentlichen Dienst wird derzeit auf über eine halbe Million Menschen geschätzt. In den nächsten zehn Jahren scheiden weitere 1,32 Millionen (oder 27 Prozent) aus. Bereits jetzt ist absehbar, dass nicht alle offenen Stellen sofort durch qualifiziertes Personal nachbesetzt werden können. Gleichzeitig sind sehr viele Menschen heute auch im Ruhestand noch gesund und leistungsbereit. Wir brauchen daher Rahmenbedingungen, die es älteren Menschen ermöglichen, ihre nachberufliche Lebensphase selbstbestimmt und in sozialer Teilhabe zu gestalten.

Was ist KEN?

Das Jobportal KEN (Kommunen Nutzen Expertise) soll dazu beitragen, den dramatischen Mangel an Arbeits-, Fach- und Führungskräften, insbesondere in Städten und Gemeinden, spürbar zu reduzieren. Die in der Regel befristete und auf Teilzeitbasis erfolgende Beschäftigung der (kommunalen) Fachkräfte im Ruhestand leistet einen Beitrag zur Bewältigung des Fachkräftemangels und bietet soziale Teilhabe durch eine sinnvolle Tätigkeit. Hinzu kommt der sehr wichtige Wissenstransfer. Alles in allem eine echte WIN-WIN-WIN-Situation.

Wofür steht KEN?

Passgenaue Besetzung: KEN ermöglicht eine zielgerichtete Suche nach passenden Kandidaten. Quantitative und qualitative Lücken im Personalbestand lassen sich mit Fachkräften im Ruhestand zumindest vorübergehend schließen.

Wissenstransfer: Erfahrene Fachkräfte bringen ihr umfangreiches Wissen und ihre Erfahrungen ein und tragen so zur Weiterentwicklung der Kommunen bei.

Soziale Teilhabe: KEN fördert die soziale Teilhabe älterer Menschen und ermöglicht ihnen eine sinnstiftende Möglichkeit, weiterhin aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Flexibilität: Die Beschäftigungsmöglichkeiten sind vielfältig und reichen von Teilzeitjobs über Projektarbeit bis hin zum ehrenamtlichen Engagement.

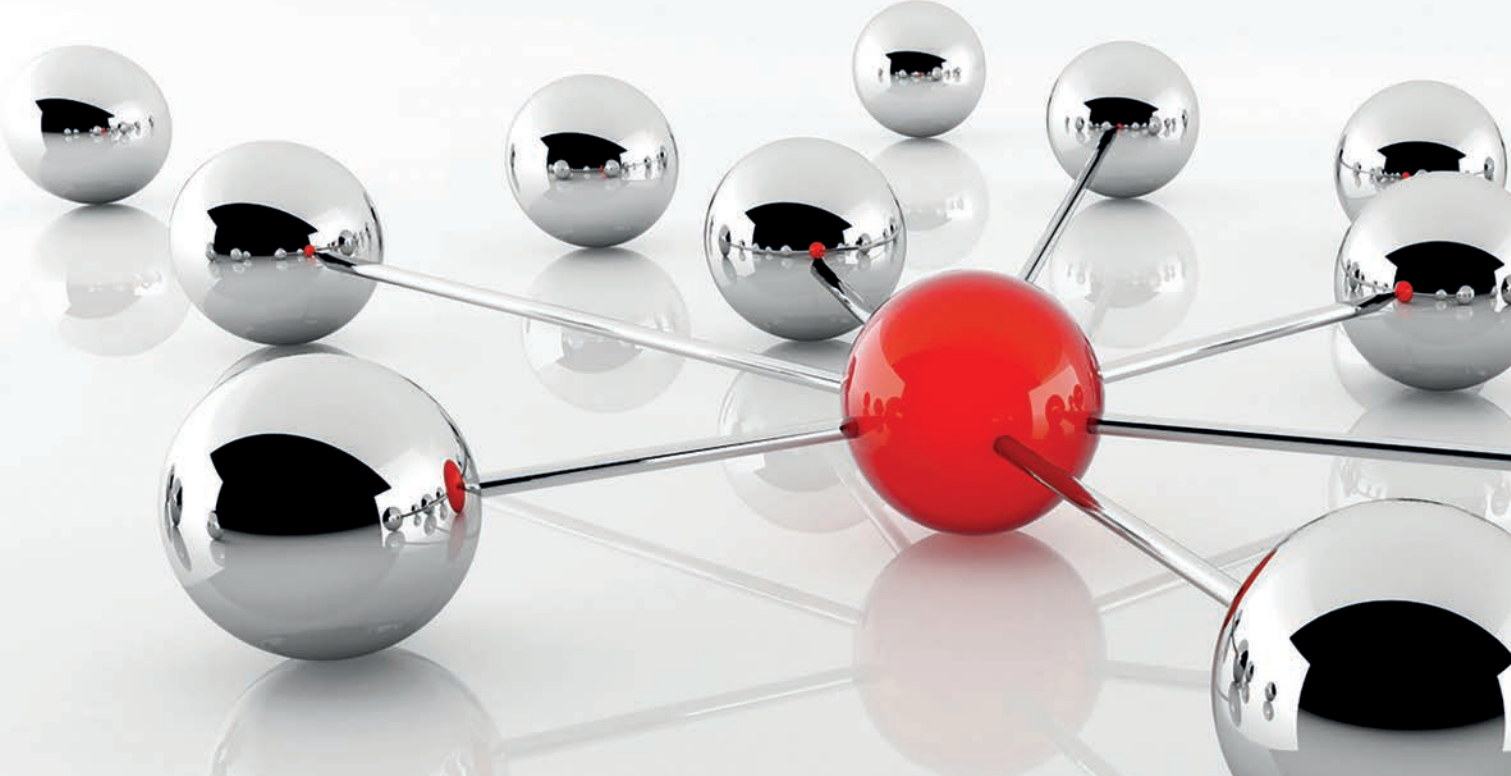
Wie funktioniert KEN?

Kommunale Fachkräfte im Ruhestand finden unter www.kommunen-nutzen-expertise.de für sie passende Stellen in allen kommunalen Aufgabenfeldern. Gleichzeitig können die Kommunen dort ihre offenen Stellen, zum Beispiel Teilzeit, Projektarbeit, Mini-Job oder ehrenamtliches Engagement, ausschreiben. Für die Jobsuchenden ist KEN kostenlos.

Kommunen können sich zu den üblichen Konditionen von INTERAMT registrieren.

Wer steckt hinter KEN?

KEN ist ein vom Deutschen Städte- und Gemeindebund initiiertes Projekt. Die Realisierung übernimmt INTERAMT, das Karriereportal des Öffentlichen Dienstes. Viele weitere Partner unterstützen das Projekt.



SPARKASSEN STARKE PARTNER FÜR HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNEN

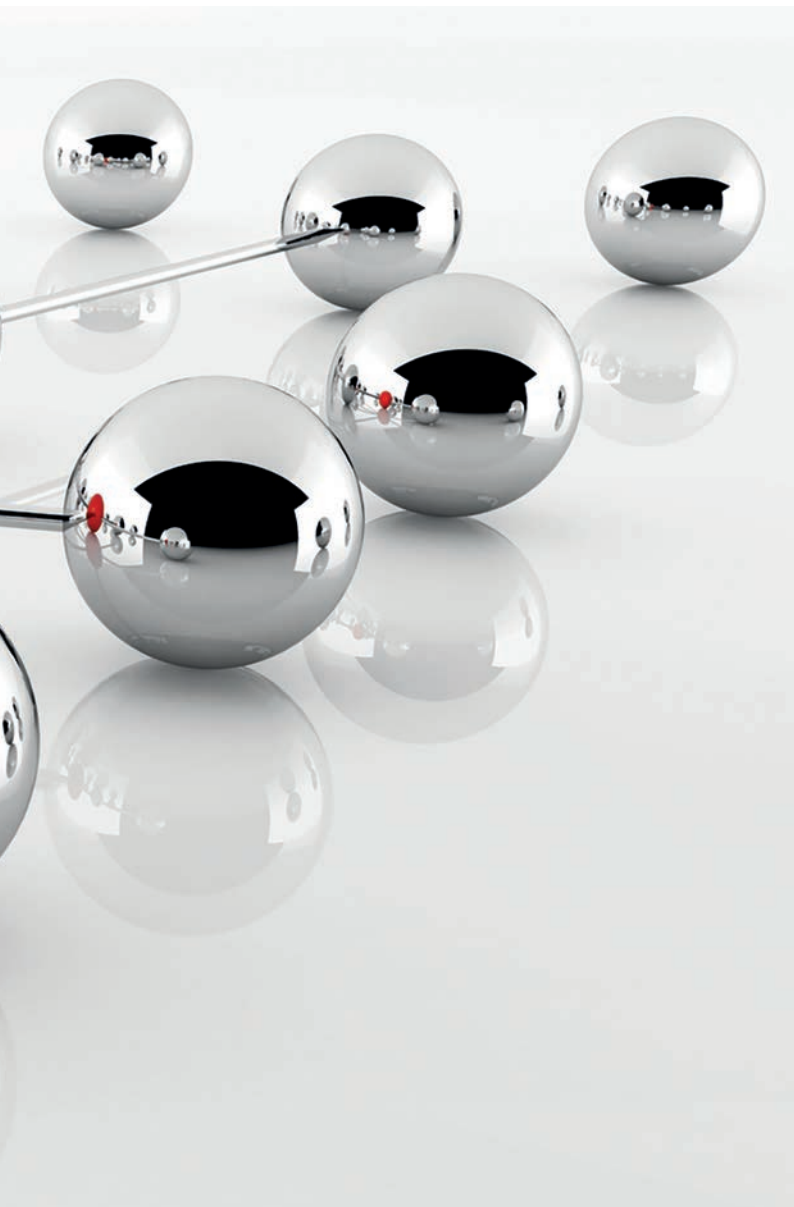
Prof. Dr. Ulrich Reuter | Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Die neue Bundesregierung steht vor großen Herausforderungen: Deutschland braucht mehr wirtschaftliche Dynamik, mehr Wohnraum, moderne Infrastrukturen und einen stabilen sozialen Zusammenhalt. Auch der Staat selbst muss leistungsfähiger, digitaler und bürgernäher werden.

All diese Herausforderungen betreffen die Kommunen unmittelbar – dort, wo Menschen staatliches Handeln zuerst erleben. Wenn Brücken gesperrt, Geflüchtete nicht mehr untergebracht werden können oder Arbeitsplätze wegen zu hoher Energiekosten wegfallen. Wenn im ländlichen Raum Jobs, Ärzte oder Busverbindungen fehlen. Wenn der Unmut wächst. Dann sind es Bürgermeisterinnen, Landräte und Ratsmitglieder, die vor Ort tragfähige Lösungen entwickeln müssen.

Die Sparkassen sind oft Teil dieser Lösungen. Sie stehen Kommunen, Mittelstand und Menschen auch in schwierigen Zeiten zur Seite. 40 Prozent aller gewerblichen Kredite in Deutschland stammen aus der Sparkassen-Finanzgruppe – im Handwerk sind es zwei Drittel. Unser Marktanteil bei Krediten an Gemeinden liegt bei 45,2 Prozent. Unsere Institute finanzieren jede dritte Wohnimmobilie in Deutschland. Sie fördern Projekte der nachhaltigen Energieversorgung, Elektromobilität oder Infrastruktur – gemeinsam mit unseren Verbundpartnern wie der Deutschen Leasing oder den Landesbanken.

Gleichzeitig tragen die Sparkassen mit 10.600 Geschäftsstellen im ganzen Land, davon fast 7.000 mit persönlicher Beratung, zu wirtschaftlicher Teilhabe für breite Bevölkerungsg-



» Die Kommunen dürfen nicht weiter mit neuen Aufgaben belastet werden, ohne dass ihnen die notwendigen Mittel und Freiräume zur Verfügung gestellt werden. Ihre Rolle als Rückgrat öffentlicher Investitionen muss sich in den Finanzbeziehungen widerspiegeln. Ein leistungsfähiger Staat beginnt mit starken Kommunen.«

Prof. Dr. Ulrich Reuter
Präsident des Deutschen
Sparkassen- und Giroverbandes



kreise, gesellschaftlichem Ausgleich und Zusammenhalt bei: Mit 781 Stiftungen, die gesellschaftliches Engagement in Bildung, Gesundheit und Dialog fördern. Mit attraktiven Arbeitsplätzen in allen Regionen, 193.600 Mitarbeitenden, 13.500 Auszubildenden und rund 12.000 Neueinstellungen pro Jahr. Und mit 4,7 Milliarden Euro gewinnabhängigen Steuern, die der öffentlichen Hand zugutekommen, auch auf kommunaler Ebene.

VERWALTUNG MODERNISIEREN – KOMMUNEN ENTLASTEN

Nur wenn die Verwaltung funktioniert, können Kommunen ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen. Deshalb engagieren sich die Sparkassen für eine leistungsfähige digitale Infrastruktur

– mit sicheren Identitätslösungen (eID), digitalen Bezahlverfahren und dem Know-how aus einer der größten IT-Strukturen Europas. Digitale Angebote wie das Bezahlen von Gebühren oder eID-basierte Verwaltungsleistungen erleichtern den Alltag und entlasten die Verwaltungen. Dabei gilt: Daten gehören den Menschen – nicht globalen Monopolisten.

Es ist zu begrüßen, dass die neue Bundesregierung eine umfassende Staatsmodernisierung angekündigt hat. Doch Verfahrensbeschleunigung, Digitalisierung und Bürokratieabbau dürfen keine Versprechen bleiben – sie sind die Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse und funktionierendes staatliches Handeln.

Das gilt zum Beispiel für den Wohnungsbau. Hier hemmen

überzogene Standards und lange Genehmigungswege notwendige Investitionen. Bürokratieabbau, steuerliche Anreize und Wohneigentumsförderung sind richtig – entscheidend ist die Umsetzung. Gleiches gilt für den Mittelstand: Auch hier müssen Berichtspflichten reduziert, Förderprogramme zugänglicher und Verfahren digitalisiert werden.

FINANZIELLE SPIELRÄUME SCHAFFEN

Die Handlungsspielräume der Kommunen sind stark eingeschränkt. Ein Defizit von 24,8 Mrd. Euro verzeichneten Städte, Gemeinden und Kreise im Vorjahr – historischer Höchststand. Das ist kein Ausreißer, sondern Ausdruck struktureller Überlastung.

Mit dem Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen, der Reform der Förderstruktur und den angekündigten Sonderkrediten hat die Koalition wichtige Impulse gesetzt.

Kommunale Finanzierung ist aber mehr als Förderpolitik. Was es jetzt braucht, ist eine nachhaltige strukturelle Lösung, insbesondere durch:

- ➔ eine systematische Verbesserung der kommunalen Einnahmen;
- ➔ verlässliche Zuweisungen statt befristeter Programme;
- ➔ Pauschalierung von Fördermitteln – weniger Anträge, mehr Handlungsspielraum und
- ➔ die Einhaltung des Konnexitätsprinzips: Wer bestellt, muss auch bezahlen.

Die Kommunen dürfen nicht weiter mit neuen Aufgaben belastet werden, ohne dass ihnen die notwendigen Mittel und Freiräume zur Verfügung gestellt werden. Ihre Rolle als Rückgrat öffentlicher Investitionen muss sich in den Finanzbeziehungen widerspiegeln. Ein leistungsfähiger Staat beginnt mit starken Kommunen.

Die Transformation braucht auch private Finanzierungskraft – dafür stehen die Sparkassen. Die Sparkassen-Finanzgruppe sagt innerhalb von vier Jahren Kredite in Höhe von rund 500 Milliarden Euro zu – eine Größenordnung, die dem Volumen der vom Bundestag beschlossenen Sonderkredite für

zwölf Jahre entspricht. Dieses Kapital wirkt direkt vor Ort – in mittelständischen Betrieben, beim Wohnungsbau, in kommunalen Infrastrukturprojekten.

Das zeigt: Zukunftsinvestitionen gelingen nur im Schulterschluss mit starken Finanzpartnern. Damit das funktioniert, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen – etwa für Versicherer, Pensionskassen oder Sparer, die ihr Kapital sinnvoll und sicher in die Infrastruktur von morgen investieren wollen.

GEMEINSAME VERANTWORTUNG FÜR UNSERE DEMOKRATIE

Sparkassen sind Teil kommunaler Stärke. Als öffentlich-rechtliche Kreditinstitute in kommunaler Trägerschaft, als Investitionspartner, Arbeitgeber und Förderer vor Ort tragen sie Mitverantwortung für die Zukunft unserer Städte und Gemeinden.

Deshalb setzen wir uns ein:

- Für faire Finanzierungsbedingungen.
- Für eine starke kommunale Selbstverwaltung.
- Für das Vertrauen in einen funktionierenden Staat.

Vertrauen entsteht, wo der Staat konkret, zuverlässig und spürbar für die Menschen da ist. Handlungsfähige Kommunen sind der Schlüssel dafür. Sparkassen sind und bleiben ihre starken Partner. ■



NACHHALTIG, FLEXIBEL UND KUNDENORIENTIERT WIE LIDL MODERNE NAHVERSORGUNG IN URBANEN RÄUMEN GESTALTET

Jenny Stemmler | Leitende Geschäftsführerin LIDL Immobilien Dienstleistung GmbH und Co. KG

Mit über 3.250 Filialen in Deutschland ist Lidl flächendeckend in der gesamten Bundesrepublik vertreten. So tragen wir bundesweit zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in hoher Qualität zum bestmöglichen Preis-Leistungs-Verhältnis bei und stärken die deutsche Wirtschaft dauerhaft durch jährliche Investitionen in diese Standorte.

Damit die Wege auch in Zukunft kurz bleiben, gilt es, das Filialnetz durch eine gezielte Standortwahl auch künftig weiter zu verdichten und zu optimieren, um den Kunden jederzeit ein modernes, frisches und nachhaltiges Einkaufserlebnis zu bieten. Wir sehen insbesondere in der urbanen Nachverdichtung großes Potenzial und möchten hier weiterwachsen. Vorrangig konzentrieren wir uns derzeit auf mittelgroße Städte und Metropolen. Dabei haben wir aber nicht nur den Ausbau des Filialnetzes im Blick, sondern auch die Entwicklungen und Besonderheiten, die die verschiedenen Standorte mit sich bringen.

Unsere Stärken können wir ab einer Verkaufsfläche von 1.000 Quadratmetern ausspielen. Die Idealgröße bei einer Neueröffnung liegt bei 1.400 Quadratmetern, um den Kunden unser umfangreiches Sortiment mit rund 4.300 Einzelartikeln ansprechend präsentieren zu können.

Unser Fokus beim Ausbau des Filialnetzes wird auch in Zukunft auf dem Bau des Filialkonzepts mit dieser Verkaufsfläche liegen. Daher wird die eingeschossige Standardfiliale mit einem vorgelagerten Parkplatz unsere meistgebaute Filiale bleiben. Sie orientiert sich an den Bedürfnissen unserer Kunden – insbesondere durch eine großzügige, barrierefreie und helle Verkaufsfläche mit viel Tageslicht. Die breiten Gänge und niedrigen Regale sind angesichts der älter werdenden Kundschaft unverzichtbar, tragen zur Übersichtlichkeit bei und schaffen eine angenehme Einkaufsatmosphäre. Insbesondere das Frischesortiment mit Obst und Gemüse, Backwaren, Frischfleisch und Molkereiprodukten erhält mehr



Lidl-Filiale in Holzbauweise in Albstadt-Ebingen

Fläche. Auf diese Weise kann Lidl den Kunden in diesem wichtigen Sortimentsbereich eine noch größere Auswahl an frischen Qualitätsprodukten anbieten. Dieser Filialtyp entspricht ideal den Anforderungen unserer Kunden an eine moderne Einkaufsstätte und ist einfach und bequem für den Wocheneinkauf mit dem Auto zu erreichen. Auch für unsere Mitarbeiter stellen diese Filialen eine attraktive Arbeitsumgebung dar.

ENGAGEMENT FÜR DIE UMWELT

Dabei haben wir immer auch die Emissionen im eigenen Betrieb im Blick. Bis 2030 wollen wir unsere Treibhausgasemissionen über alle Geschäftsbereiche und Lieferketten hinweg im Vergleich zu 2019 um 80 Prozent reduzieren und streben bis 2050 Net-Zero an. Bereits heute nutzen wir 100 Prozent Grünstrom* und haben Photovoltaikanlagen mit über 100.000 kWp Gesamtleistung auf den Filialdächern installiert – genug, um rechnerisch 25.000 Einfamilienhäuser ein Jahr lang mit Strom versorgen zu können.

Auch unsere Bauweise orientiert sich an ökologischen Standards: Besonders hervorzuheben ist der Fokus auf umweltschonende Techniken in allen Lidl-Gebäuden, wie beispielsweise eine möglichst natürliche Beleuchtung, energiesparende LED-Leuchten, effektive Gebäudeautomation und energieeffiziente Kälte- und Klimatechnik. Darüber hinaus werden vermehrt standorttypische Materialien und eine individuelle Fassadengestaltung eingesetzt, um eine Symbi-

ose mit der Umgebung zu schaffen und die Eingriffe in die Natur zu minimieren. Diese Maßnahmen unterstreichen das Engagement von Lidl für die Umwelt und die ständige Suche nach neuen, effizienteren und nachhaltigeren Lösungen für Gebäude und Prozesse.

Ein Beispiel für innovatives und nachhaltiges Bauen ist die Lidl-Filiale in Holzbauweise in Albstadt-Ebingen. Sie wurde von der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) mit dem DGNB-Zertifikat in Platin ausgezeichnet, der höchsten Stufe dieses renommierten Gütesiegels für nachhaltige Immobilien. Die Filiale zeichnet sich unter anderem aus durch eine lösbare und rückbaubare Holzkonstruktion ohne Verbundstoffe, eine effiziente Haustechnik mit Wärmerückgewinnung sowie elektrochromes, selbsttönendes Glas für den Blend- und Hitzeschutz der Fensterflächen auf der Firstseite im Eingangsbereich.

INNOVATIVE UND FLEXIBLE NAHVERSORGUNGSKONZEPTE

Die Frage, wie wir in unseren Städten leben wollen, treibt viele Menschen um. Dank flexibler Bau- und Gestaltungskonzepte können wir selbst in komplexen Innenstadtlagen moderne Filialen realisieren und so die Nahversorgung für viele Menschen direkt vor Ort verbessern. Gemeinsam mit Städten und Kommunen entwickeln wir dabei passgenaue Konzepte, die sowohl funktionale als auch städtebauliche Anforderungen erfüllen.

* Ausgenommen Bezugsverträge, die wir nicht beeinflussen können, wie z.B. bei vereinzelten Mietobjekten mit Strombezugsbindung, weitere Informationen unter: lidl.de/klimaschutz.



In ausgewählten Lagen prüfen wir die Entwicklung von Mixed-Use-Konzepten. Dort, wo es die städtebaulichen Rahmenbedingungen erfordern und die Wirtschaftlichkeit gegeben ist, kombinieren wir unsere Filialnutzung mit Wohnraum, Büros oder sozialen Einrichtungen. Solche gemischt genutzten Immobilien sind für uns keine Standardlösung, können aber in hochverdichteten innerstädtischen Quartieren mit ihrer effizienten Flächennutzung einen wichtigen Beitrag zur Nahversorgung leisten.



Jenny Stemmler
Leitende Geschäftsführerin
LIDL Immobilien Dienstleistung
GmbH und Co. KG

Gleichzeitig stehen viele Innenstädte, Handelsimmobilien und Händler vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Der Rückgang im stationären Handel dauert an, Leerstandsflächen in zentralen Lagen entstehen. Daraus ergeben sich jedoch auch Chancen, die wir mit unseren flexiblen und standortgerechten Filialkonzepten nutzen können. Ein Beispiel ist unsere im April 2025 eröffnete Filiale in der Müllerstraße in Berlin-Wedding. In einem ehemaligen Warenhaus wurde auf rund 1.500 Quadratmetern Verkaufsfläche eine moderne Filiale realisiert. Mit der neuen Filiale liegen wir mitten in einem dichten Wohngebiet, nah bei unseren Kunden, die uns auch mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichen können. Auch unsere Filiale in der Wiesbadener Fußgängerzone Kirchgasse zeigt, wie eine ehemalige Buchhandlung sinnvoll revitalisiert werden kann. Auf rund 980 Quadratmetern Verkaufsfläche entstand dort im Erdgeschoss eines Mixed-Use-Gebäudes ein zentral gelegener Nahversorger.

Mit unseren flexiblen Nahversorgungskonzepten stoßen wir in der Umsetzung jedoch häufig auf regulatorische Hürden.

» *Damit die Wege auch in Zukunft kurz bleiben, gilt es, das Filialnetz durch eine gezielte Standortwahl auch künftig weiter zu verdichten und zu optimieren, um den Kunden jederzeit ein modernes, frisches und nachhaltiges Einkaufserlebnis zu bieten. Wir sehen insbesondere in der urbanen Nachverdichtung großes Potenzial und möchten hier weiter wachsen. «*

Die immer komplexer werdenden Anforderungen sowohl im Bauordnungs- und Bauplanungsrecht auf Bundesebene als auch im Recht der Raumordnung (Landesplanung) haben in den letzten Jahren zu aufwendigen, zeit- und kostenintensiven sowie inhaltlich sehr anspruchsvollen Bauleitplan- und Genehmigungsverfahren geführt. Hier bedarf es einer substanziellen Vereinfachung der rechtlichen Rahmenbedingungen und einer engen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Städten und Kommunen, um nachhaltig eine flächendeckende Nahversorgung sicherzustellen. ■



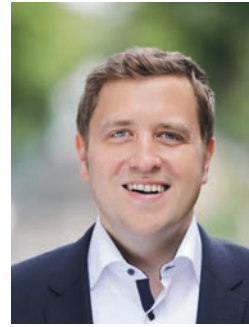
DIE TELEKOM STARKER PARTNER DER KOMMUNEN

Dr. Gottfried Ludewig | SVP Public Sector and Health Industry Deutsche Telekom +
Mirka Irena Dworschak | VP Business Development and Steering Public Sector Deutsche Telekom

Die Anforderungen an unsere Städte und Gemeinden wachsen stetig: demografischer Wandel, Fachkräftemangel, wachsende Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an Service und Geschwindigkeit sowie Klimaschutz – all das fordert die Kommunen in einer Intensität, wie wir sie lange nicht erlebt haben. Um diesen Herausforderungen wirksam zu begegnen, braucht es vor allem eines: eine umfassende, leistungsfähige und intelligente Digitalisierung der kommunalen Infrastruktur und Verwaltungsprozesse. Die Telekom ist dabei ein starker Partner an der Seite der Kommunen – im Glasfaserausbau, in der Verwaltungsdigitalisierung, bei IT-Sicherheit und bei der Einführung Künstlicher Intelligenz (KI).

GLASFASERAUSBAU: DIE DIGITALE LEBENSADER FÜR UNSERE STÄDTE UND GEMEINDEN

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist die Grundvoraussetzung für jedes weitere digitale Vorhaben. Ohne schnelle, stabile und flächendeckende Internetverbindungen bleibt jede Digitalstrategie ein Papiertiger. Die Telekom treibt daher den Glasfaserausbau in Städten und ländlichen Räumen mit Nachdruck voran. Sie investiert Milliarden in den flächendeckenden Ausbau und schafft damit die Grundlagen für wirtschaftliche Entwicklung, smarte Verwal-



» Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist die Grundvoraussetzung für jedes weitere digitale Vorhaben. Ohne schnelle, stabile und flächendeckende Internetverbindungen bleibt jede Digitalstrategie ein Papiertiger.«

Dr. Gottfried Ludewig
SVP Public Sector and Health
Industry Deutsche Telekom

tungsdienste und gesellschaftliche Teilhabe – unabhängig vom Wohnort.

Glasfaser ist dabei nicht nur ein Thema für Unternehmen oder Privathaushalte, sondern auch für die kommunale Verwaltung selbst. Schulen, Rathäuser, Feuerwachen, Krankenhäuser und Bürgerämter benötigen moderne Netze, um zukunftsfähig arbeiten zu können. Die Telekom unterstützt Kommunen bei der Planung und Umsetzung, berät zu Förderprogrammen und setzt auf partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den kommunalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern.

DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG: VON DER ANTRAGSTELLUNG BIS ZUM BESCHEID

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten heute von ihrer Ver-

waltung Schnelligkeit, Effizienz und Erreichbarkeit – rund um die Uhr und von überall. Die Devise lautet: heute bestellt, morgen geliefert. Digitale Services müssen so selbstverständlich sein wie Onlinebanking oder das Bestellen von Lebensmitteln. Dafür braucht es moderne Verwaltungsportale, einfache digitale Prozesse und eine sichere Dateninfrastruktur.

Die Telekom begleitet Kommunen bei der Digitalisierung ihrer Verwaltungsleistungen – von der digitalen Antragstellung über elektronische Aktenführung bis hin zur Automatisierung von Standardprozessen. Gemeinsam mit ihren Partnerunternehmen bietet sie Komplettlösungen an, die sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ebenso orientieren wie an den rechtlichen Anforderungen von Bund und Ländern.

Ein zentrales Leitmotiv dabei: Nicht die Bürgerinnen und

Bürger sollen laufen, sondern die Daten. Digitale Verwaltungsleistungen sparen Wege, Wartezeiten und Personalressourcen. Sie entlasten die Mitarbeitenden in den Kommunen und schaffen Raum für das, was menschliche Zuwendung braucht: individuelle Beratung, Hilfe und Kommunikation.

Steuerung des Verkehrs, der frühzeitigen Erkennung von Wartungsbedarfen in der kommunalen Infrastruktur oder beim automatisierten Ausfüllen und Prüfen von Formularen – KI kann die Arbeit der Verwaltung effizienter, schneller und fehlerfreier machen.

IT-SICHERHEITS- UND CYBER-SECURITY-LÖSUNGEN: SENSIBLE DATEN UND INFRASTRUKTUREN EFFEKTIV SCHÜTZEN UND SICHER VERWALTEN

Digitale Bedrohungen stellen Kommunen vor immer größere Herausforderungen. Die Gewährleistung der IT-Sicherheit wird zunehmend schwieriger, denn es braucht ein komplexes Set an Maßnahmen, um adäquat geschützt zu sein. Dazu gehört ein proaktiver Schutz und Monitoring durch fortgeschrittene Cyber Defense Services, die kontinuierliches Monitoring und Abwehr von Cyber-Attacken umfassen. Neueste Technologien zur Angriffserkennung sollten Schutzmechanismen bieten, um aktuelle Bedrohungen abzuwehren und hohe Sicherheitsstandards zu gewährleisten. Als Grundlage für alle Aktivitäten dient ein umfassendes und maßgeschneiderte Sicherheitskonzept, wobei Sicherheitsstandards und Empfehlungen des BSI als Grundlage helfen, Sicherheitsmaßnahmen zu definieren und zu implementieren.

Die Telekom bietet eine Kombination aus modernster Technologie, fortgeschrittenen Angriffserkennungssystemen und maßgeschneiderter strategischer Beratung, um Kommunen jeder Größe vor den wachsenden Risiken der Cyber-Kriminalität zu schützen und IT-Infrastrukturen sicher zu betreiben.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ: INTELLIGENTE UNTERSTÜTZUNG FÜR KOMPLEXE HERAUSFORDERUNGEN

Künstliche Intelligenz wird zunehmend zum Schlüssel für eine leistungsfähige Verwaltung. Ob bei der intelligenten



» *Nicht die Bürgerinnen und Bürger sollen laufen, sondern die Daten. Digitale Verwaltungsleistungen sparen Wege, Wartezeiten und Personalressourcen. Sie entlasten die Mitarbeitenden in den Kommunen und schaffen Raum für das, was menschliche Zuwendung braucht: individuelle Beratung, Hilfe und Kommunikation.*«

Mirka Irena Dworschak
VP Business Development and
Steering Public Sector
Deutsche Telekom

Die Telekom bringt dafür nicht nur technologische Lösungen ein, sondern auch die notwendige Erfahrung in Datenschutz, IT-Sicherheit und ethischen Fragen. Sie unterstützt Kommunen bei der Auswahl geeigneter KI-Anwendungen, der Schulung von Mitarbeitenden und der Integration in bestehende Verwaltungsprozesse. Dabei steht stets der verantwortungsvolle Einsatz im Vordergrund: KI als Werkzeug, das den Menschen dient und nicht ersetzt.

ZUKUNFT GESTALTEN – GEMEINSAM MIT DER TELEKOM

Die Transformation hin zu einer digitalen, bürgerfreundlichen und resilienten Kommune ist kein Selbstläufer. Sie braucht strategische Partner, die nicht nur Technik liefern, sondern Prozesse verstehen, Menschen mitnehmen und dauerhaft zur Seite stehen. Die Telekom ist ein solcher Partner – verlässlich, erfahren und innovativ.

Die Erwartungen der Menschen an die Kommunen sind klar: Sie wünschen sich einen modernen Staat, der schnell, verständlich und zugänglich ist. Der Service auf Augenhöhe bietet – digital und persönlich. Der Transformation nicht als Bedrohung begreift, sondern als Chance. Mit Glasfaser, Digitalisierung und KI lassen sich diese Erwartungen erfüllen – vorausgesetzt, Kommunen ergreifen mutig die Initiative und nutzen die vorhandenen Angebote.

Die Telekom steht bereit, diesen Weg gemeinsam mit den Städten und Gemeinden zu gehen. Für eine digitale Verwaltung, die funktioniert. Für Kommunen, die auf der Höhe der Zeit sind. Und für eine Gesellschaft, in der niemand auf der Strecke bleibt. ■



Nähere Infos
zum Award unter
WWW.KFW.DE

KFW
AWARD
Leben

KfW-Award Leben 2025

**zeichnet nachhaltige &
innovative Kommunen aus**

Die KfW Bankengruppe würdigt Kommunen und Unternehmen als Impulsgeber für die Stadt der Zukunft und zeichnet nachhaltige und innovative Kommunen aus. Im Rahmen des Deutschen Kommunalkongresses am 02. und 3. Juni 2025 in Berlin wird zum zweiten Mal der KfW Award Leben an Kommunen mit zukunftsgerichteten Projekten aus unterschiedlichen Kategorien verliehen.

Städte und Gemeinden stehen vor umfangreichen Herausforderungen in vielen Bereichen, wie etwa dem Klimawandel, der Digitalisierung oder dem demografischen Wandel. Um diesen zu begegnen, braucht es neue und innovative Konzepte, die die Lebensqualität vor Ort verbessern. Zur Erhöhung der Sichtbarkeit solcher Lösungen prämiiert die KfW daher besondere Praxisbeispiele aus den Kategorien „Energie- und Wärmewende“, „Digitale Bildung“ und „Bezahlbares und flächeneffizientes Wohnen“. Zudem wird in Kooperation mit dem Deutschen Behindertensportverband (DBS) der Sonderpreis „Inklusion leben – Behindertensport vereint Kommunen“ verliehen.

→ Im Bereich **„Digitale Bildung“** werden Projekte ausgezeichnet, die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten digital gestalten und so den Zugang zu Bildung verbessern, während sie gleichzeitig digitale Kompetenzen fördern.

3

→ Die **Sonderkategorie „Inklusion leben – Behindertensport vereint Kommunen“** prämiiert in Kooperation mit dem Deutschen Behindertensportverband (DBS) Kommunen, die in besonderem Maße die Teilnahme von Menschen mit Behinderung an kommunalen Sportangeboten ermöglichen, beispielsweise durch inklusive Veranstaltungen, Förderprogramme oder Aspekte rund das Thema Barrierefreiheit.

4

→ In der **Kategorie „Energie- und Wärmewende“** werden kommunale Projekte prämiiert, die zur klimagerechten Gestaltung des Stadtlebens oder einzelner Quartiere beitragen. Ziel ist es nachhaltige Lösungen zu fördern, die sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Vorteile bieten.

Dotiert ist der Preis mit 40.000 Euro, die sich über alle Kategorien gleich verteilen: Der erste Platz erhält 5.000 Euro, der zweite und dritte jeweils 3.000 Euro bzw. 2.000 Euro. Ausgezahlt wird das Preisgeld an eine gemeinnützige Einrichtung oder Organisation, welche durch die jeweilige Gewinner-Kommune benannt wird.

Im Anschluss an die feierliche Verleihung, berichtet der TV-Sender und Medienpartner n-tv in einer Sondersendung über die Verleihung und präsentiert die Gewinner-Projekte.

Der Preis wird verliehen im Rahmen des Deutschen Kommunalkongresses des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

→ Die **Kategorie „Bezahlbares und flächeneffizientes Wohnen“** zeichnet Wohnprojekte aus, die effiziente Nutzung von Flächen mit einer guten Bezahlbarkeit verbinden und so zukunftsweisende und bedarfsgerechte Lösungen schaffen.

Stadt
Starke Kommunen
möglich machen **Land)**
Jetzt
Deutscher Kommunalkongress
Berlin | 2./3. Juni 2025



Die vollständige Studie steht Ende Juni zum Download unter <https://logix-award.de/publikationen> zur Verfügung. Das Dossier „7 Thesen zu Logistikimmobilien und ihre Bedeutung für die Kommunale Wärmeplanung“ kann schon jetzt heruntergeladen werden.



LOGISTIKIMMOBILIEN ECKPFEILER DER ENERGIEWENDE

Dr. Malte-Maria Münchow | Sprecher der Initiative Logistikimmobilien (Logix)

Mit dem Gesetz zur Wärmeplanung und Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz – WPG) sind seit dem 1. Januar 2024 die Weichen für die Kommunale Wärmeplanung (KWP) gestellt. Für Kommunen bedeutet die Energiewende eine enorme Herausforderung, immerhin gehen ein Fünftel der landesweit ausgestoßenen CO₂-Emissionen auf das Beheizen und Kühlen von Gebäuden zurück. Eine aktuelle Studie im Auftrag der Initiative Logistikimmobilien (Logix) zeigt, dass Logistikimmobilien für das Gelingen der KWP einen signifikanten Beitrag leisten können.

Bis zum Jahr 2045 soll die Wärmeversorgung in Deutschland klimaneutral sein. Im Rahmen der KWP sind Kommunen deshalb dazu verpflichtet, den kosteneffizientesten und praktikabelsten Weg zu einer klimafreundlichen und langfristigen

Wärmeversorgung vor Ort zu ermitteln. Pro Jahr werden laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft aktuell rund 150 Mio. t CO₂ durch das Beheizen und Kühlen von Gebäuden sowie durch die Warmwasserbereitstellung ausgestoßen. Diese müssen zukünftig eingespart werden. Und damit stehen Städte und Gemeinden vor einer anspruchsvollen Aufgabe.

Logistikimmobilien können einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass die Ziele der Energiewende erreicht werden. Zu diesem Schluss kommen die Autoren der aktuellen Logix Studie „Logistikimmobilien als Pfeiler der Kommunalen Wärmeplanung“, verfasst unter der Leitung von Jannick Höper und Benedikt Scholler, List Eco, sowie unter Beteiligung von Fiege und Siemens Energy. In ihrer Studie untersuchen



Partnerschaftliche Zusammenarbeit ist gefragt

"Damit die Potenziale von Logistikimmobilien für das Erreichen der Ziele der Energiewende abgerufen werden können, braucht es die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik. Gemeinsam gilt es, regulatorische Unsicherheiten abzubauen und die begrenzten Stromnetzkapazitäten auszuweiten. Dafür ist politische Förderung nötig, eine enge Kooperation mit Kommunen, bessere Netzanbindungen und wirtschaftliche Anreize. Auf beiden Seiten müssen noch viele Hürden genommen werden, gemeinschaftlich aber kann es gelingen", sagt Dr. Malte-Maria Münchow, Sprecher der Initiative Logistikimmobilien (Logix), Head of Logistics Strategy, Deka Immobilien Investment.

die Autoren die Rolle von Logistikimmobilien aus mehreren Blickwinkeln: als Energiequelle sowie als Energienutzer.

POTENZIALE VON LOGISTIKIMMOBILIEN ALS ENERGIEQUELLEN UND -VERBRAUCHER

In beiderlei Hinsicht ist ihr Potenzial für die KWP hoch. Der Grund: Zum einen sind die großflächigen Dächer von Logistikimmobilien ideal für Photovoltaik-Anlagen geeignet, mit denen sich „grüne“ und lokal erzeugte Energie für die Nutzung innerhalb der Immobilien direkt einsetzen lässt. Dort sorgt sie für einen CO₂-reduzierten oder sogar -neutralen Betrieb. Hinzu kommt Geothermie als eine weitere fossilfreie Energiequelle, die Erdwärme nutzt, um Gebäude nachhaltig zu beheizen.

Darüber hinaus können Logistikimmobilien aufgrund ihrer strategisch günstigen Lage Funktionen als Energie- und Mobilitätsknotenpunkte einnehmen. Da für die Mieter von Logistikzentren die verkehrliche Anbindung eines der entscheidenden Kriterien bei der Ansiedlung ist, befinden sich die Gebäude oft nahe von Autobahnen oder Zubringern, die von vielen Verkehrsteilnehmern genutzt werden. Und genau hiervon können Kommunen profitieren, zum Beispiel, indem die aus PV-Anlagen gewonnene Energie auf den Dachflächen von Logistikimmobilien für lokale Ladeinfrastrukturen genutzt wird. Damit würden sie einen Beitrag zur kommunalen Mobilitätswende leisten, bei der die Umstellung auf elektrische Fahrzeuge im Vordergrund steht.

Eine weitere Möglichkeit, die überschüssige Energie aus nachhaltigen Energiequellen zu nutzen, besteht in der Erzeugung der Speicherlösung Wasserstoff. Diese kann direkt vor

Ort eingesetzt werden, zum Beispiel um Gabelstapler oder Lagertechnikgerät wie Hubwagen etc. im Inneren der Immobilie zu betreiben.

Eine ebenso relevante und wichtige Rolle können Logistikimmobilien als Energieverbraucher spielen. Denn eine der wesentlichen Herausforderungen der Energiewende besteht darin, den grünen Strom in die öffentlichen Netze einzuspeisen, damit dieser abgenommen werden kann. Logistikzentren haben aufgrund der komplexen Lagertechnik im Inneren inklusive Förderanlagen, dem Einsatz von Flurförderzeugen und IT einen in der Regel hohen Energiebedarf und können damit Energie problemlos abnehmen. Davon profitieren nicht nur die Mieter durch die Nutzung von Grünstrom vor Ort, sondern es hilft auch dabei, die öffentlichen Stromnetze wirksam zu entlasten. ■

Über Logix

In der Initiative Logistikimmobilien (Logix) haben sich namhafte Persönlichkeiten und Unternehmen der Branche zusammengeschlossen, um zu einer objektiven Wahrnehmung von Logistikimmobilien beizutragen und die Akzeptanz für Logistikansiedlungen zu erhöhen. Logix verleiht im zweijährigen Rhythmus den Logix Award für herausragende Logistikimmobilien in Deutschland. Gleichzeitig will die Initiative den Dialog zwischen den Interessengruppen fördern und trägt mit Forschungsarbeiten zu einer objektivierten Diskussion auf Basis von wissenschaftlichen Fakten bei.



AUSGEWÄHLTE PROJEKTE DER DIENSTLEISTUNGS-GMBH DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES

Der vom Deutschen Städte- und Gemeindebund initiierte Innovators Club (IC) befasst sich mit strategischen Zukunftsthemen der Kommunen wie Bildung, Klima, Energie, Stadtentwicklung, Kommunikation, IT und Kooperation. Es ist das ausdrückliche Ziel der Arbeit des IC, über die Tagespolitik hinaus zu denken und neue Wege für die kommunale Arbeit aufzuzeigen. Der Club ist somit seit mehr als 20 Jahren eine Plattform für den Austausch von Visionen, Ideen, Erfahrungen und zahlreichen Konzepten.

Im Innovators Club, der kommunalen Ideenschmiede in Deutschland, arbeiten rund 100 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, sowie Landrätinnen und Landräte aus ganz Deutschland mit Führungskräften aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft interdisziplinär an strategischen Zukunftsthemen für die Kommunen.

Der Innovators Club organisiert viele verschiedene Veranstaltungsformate, darunter das Deutschlandforum, das im letzten März unter dem Titel „JETZT – Veränderung und Verantwortung“ zum 24sten Mal stattfand und bei dem sich die Mitglieder des Innovators Club in regelmäßigen Abständen treffen, um über aktuelle Herausforderungen unserer Zeit zu diskutieren.

Die „Innovators Lounges“, verfolgen das Ziel, kommunale Zukunftsthemen und Pilotprojekte aufzugreifen und zu



INNOVATORS CLUB

diskutieren. 2024 wurde eine Innovators Lounge in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund unter dem Titel: „Der schnelle Weg zur digitalen Kommune: KI-gestützte Verwaltung statt weiterhin Papierordner?“ in Bad Soden-Salmünster realisiert.

Die vierte Veranstaltung des exklusiven Formats „Innovators Club trifft Zukunftstechnologie“ fand in Hamburg statt. Im ausgewählten Kreis wurde ein Tag lang eine Bestandsaufnahme im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) gemacht und die Chancen für den Einsatz in Kommunen diskutiert. Auf Einladung von Google Cloud wurde gemeinsam mit Expertinnen und Experten über die wichtigsten Anforderungen, Chancen, Risiken und Barrieren für eine moderne Verwaltung diskutiert. Im Fokus des Kommunale KI-Tages @Google standen Hands-on-Workshops mit Anwendungsfällen und Fragestellungen aus der Praxis.



"Trittsicher in die Zukunft" ist ein Programm zur Gesundheitsförderung, das ältere Menschen dabei unterstützen soll, durch Bewegung sowie Kraft- und Gleichgewichtsübungen ihre Mobilität und Selbstständigkeit langfristig zu erhalten. Weitere Ziele des Projekts umfassen unter anderem die Anleitung zur gesunden Ernährung im Alter, den Aufbau von sozialen Kontakten und Gemeinschaftsgefühl und die Unterstützung im Umgang mit digitalen Medien.

Das Programm wird von der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) maßgeblich initiiert und in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) organisiert. Die wissenschaftliche Betreuung erfolgt durch das Robert-Bosch-Krankenhaus in Stuttgart (RBK), das Institut für Gesundheitsökonomie und Versorgungsforschung Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE), das Institut für Epidemiologie und medizinische Biometrie Universität Ulm (UULM) und die Charité Universitätsmedizin Berlin, Forschungsgruppe Geriatrie (G-CHAR).



KEN – Kommunen nutzen Expertise ist ein gemeinsames Projekt des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Interamt.de, dem Karriereportal des Öffentlichen Sektors. Es bringt kommunale Fachkräfte im Ruhestand mit Städten und Gemeinden zusammen, die befristet, projektbezogen oder übergangsweise erfahrenes Personal suchen. KEN schafft dadurch neue Wege für Wissenstransfer, flexible Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe – und hilft so, dem Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst gezielt zu begegnen. Die DStGB Dienstleistungs-GmbH leitet das Projekt von Beginn an. Es ist unter www.kommunen-nutzen-expertise.de zu erreichen.

Mittendrin und gut versorgt

Eine Initiative des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Die Veranstaltungsreihe „Mittendrin und gut versorgt“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes beschäftigt sich mit den Herausforderungen der Nahversorgung, insbesondere für ältere Menschen auf dem Land. In direktem Austausch von Bürgern und Bürgerinnen mit Kommunen, Handel, Gewerbetreibenden und Immobilieneigentümern sollen kreative Konzepte und Ideen vorgestellt und Antworten darauf gefunden werden, worauf es für eine sichere und wohnortnahe Versorgung ankommt. Die Initiative wird unterstützt durch den Lebensmitteleinzelhändler Lidl.

WHITEPAPER STADTENTWICKLUNG

Gewerbe- und Industrie- immobilien als Motor der urbanen Transformation

Städte und Kommunen stehen unter Druck: mehr Flächenbedarf, strengere Klimaziele, steigende Anforderungen an Lebensqualität – und gleichzeitig immer weniger nutzbarer Raum.

Wie können Städte wirtschaftliches Wachstum ermöglichen, ohne dabei Umwelt und Lebensqualität aufs Spiel zu setzen?

Eine Antwort: Gewerbeimmobilien neu denken. Industrie-, Logistik- und Gewerbeimmobilien sind echte Motoren einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

GEWERBEIMMOBILIEN ALS MOTOR DER URBANEN TRANSFORMATION

Zukunftsfähige Stadtentwicklung mit innovativen
Industrie-, Logistik- und Gewerbeimmobilien

Erfahren Sie, wie
innovative Logistik-,
Industrie- und
Gewerbeimmobilien
Städte nachhaltig
verändern können!

Jetzt Whitepaper
herunterladen:

